

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeitdauer oder deren Raum 30 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pf., auswärtige Anzeigen 35 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 189.

Dienstag, den 14. August 1917.

24. Jahrg.

## Der Fall Müller.

Wir haben bereits erwähnt, daß die Ernennung eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Partei zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt der konservativen Presse Anlaß zu trübseligen Betrachtungen über den Wandel der Zeiten und über die drohenden Gefahren der Zukunft gibt. Hat diese Presse schon aus Anlaß der Wahlrechtsreform vom 11. Juli den „Untergang des alten Preußens“ beklagt, so sieht sie jetzt mit dem Verlassen des Grundgesetzes, daß kein Sozialdemokrat Beamter sein darf, ihre letzte Stütze zusammenbrechen.

Der „Vorwärts“ nimmt daher Veranlassung, den aufgestärkten Parteien und Zeitungen einige Worte über „Staat und Sozialdemokratie“ zu sagen. Wir übernehmen die Darlegung:

Wenn die konservative Presse im Zusammenhang mit diesen Betrachtungen hervorhebt, daß die Grundzüge der Sozialdemokratie unverändert dieselben geblieben seien, so kann man ihr darin nur recht geben. Selbstverständlich erstrebt jeder Sozialdemokrat die Demokratie als Staatsform und die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische — sonst wäre er ja keiner! Selbstverständlich vertritt die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse, wobei dieser Begriff wie seit je nicht auf die handarbeitende Schicht allein, sondern auf das ganze durch Arbeit Werte schaffende Volk zu erstrecken ist. Darin ist also alles geblieben, wie es war, und der Rest ist, wie die konservative Presse wiederum ganz richtig hervorhebt, Taktik: Anpassung des politischen Handelns an die gegebenen Umstände zu dem Zwecke, die gesteckten Ziele desto sicherer zu erreichen.

Falsch ist es dagegen, wenn die konservative Presse die Sozialdemokratie als eine Revolverpistole hinstellt, die nur auf eine passende Gelegenheit wartet, den Staat umzuwälzen. Mit diesem Umsturz ist es nämlich eine eigene Sache; die geschichtliche Erfahrung lehrt — jetzt wieder in Rußland —, daß der Räder Staat ein Stehaufmännchen ist, man kann in ihm alles von oben zu unten kehren, er stellt sich wieder ganz von selbst auf die Füße, weil kein Volk ohne Staat oder staatsmännische Organisationsform zu bestehen imstande ist. Etwas anderes ist es mit der Staatsform und der Frage, ob das Volk durch einige wenige oder durch seinen eigenen demokratisch geordneten Willen regiert werden soll.

Deutschland befindet sich — sicherer als Rußland — auf dem Wege zur Demokratie. Wir werden nach dem Kriege im Reich und in Preußen Volksvertretungen haben, die auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt sind. Sache der Wähler wird es sein, diese Parlamente in ihrer Parteizusammensetzung so zu gestalten, daß sie ihren berechtigten Einfluß auf die Führung von Reich und Staat mit jedem möglichen Nachdruck geltend machen. Geschieht das, so gibt es kein Mittel und keine Macht, zu verhindern, daß Deutschland ebenso demokratisch regiert wird wie irgendein anderes Land der Welt.

Unter solchen Umständen hätte dann eine gewalttätige Umwälzung der Staatsform gar keinen Sinn mehr. Die Diktatur des Proletariats“ läßt sich nur verwirklichen auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechts, die Arbeiterklasse vermag alle Widerstände gegen die Demokratie niederzurufen, aber sie vermag nichts gegen die Demokratie selbst. Erst wenn sie die überwältigende Mehrheit des Volkes in den Bann ihrer Ideen gezwungen hat, dann kann sie verlangen, daß nach diesen Ideen regiert wird. Früher nicht. Eine Revolution, die sich nicht die Demokratie zum Ziele setzt, bleibt ein Stoß in die leere Luft. Ein Ziel, zu dem die friedliche Entwicklung sichtbar und rasch heranreift, wird niemand durch eine gewalttätige Bewegung erzwingen wollen.

Wie steht es nun mit dem Sozialdemokraten als Beamten? Er hat wie jeder andere nach vorgeschriebenen Regeln seine Amtspflicht zu erfüllen — darüber hinaus, als Staatsbürger, soll er — wie jeder andere Beamte auch — ein freier Mann sein. Nicht darum etwa kann es sich handeln, die Sozialdemokratie unter die privilegierten und amtlich beglaubigten Parteien einzureihen, sondern es handelt sich um die staatsbürgerliche Befreiung des Beamten schlechthin, um die Anerkennung seines Rechtes, außerhalb seines Amtes für die ihn richtig dünkende Ueberzeugung einzutreten.

Das bedeutet für die konservative Partei begreiflicherweise Sodom und Gomorra.

Der ganze Einfluß der konservativen Partei beruht darauf, daß sie allen vom Staat abhängigen Personen eine besondere Art von „Staatsgesinnung“ aufzwingen konnte, die, im Grunde genommen, weiter nichts als eine konservative Parteigesinnung ist. Bis zum Ausbruch des Krieges war in der preussischen Verwaltung kein Beamter denkbar, der nicht konservativ war oder doch wenigstens den konservativen Gesinnungen nahestand. Von da ging dann eine Stafa der mehr oder weniger erlaubten Gesinnungen über Zentrum und Liberale zu den Sozialdemokraten, deren Gesinnung schließlich unerlaubt war. Ein unvergeßliches Denkmal konservativer Kulturhöhe bleibt für alle Zeiten die Lex Arons, dieses Gesetz, das eigens dazu gemacht wurde, um einen Privatdozenten der *Winn* wegen seiner so-

zialdemokratischen Parteizugehörigkeit von der Lehrtätigkeit auszuschließen und sein Haupt warnend auf Londons Brücke aufzustellen.

Liberale Lehrer wurden gemahregelt, weil sie bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten die Parole gegen den Konservativen ausgegeben hatten!

Damit ist es nun zu Ende und vorbei, und darum herrscht Hoftrauer bei König Heydebrand. Man denke: gleiches Wahlrecht in Preußen und keine Möglichkeit mehr, die Hunderttausende von Staatsbeamten und -angestellten durch Drohung mit der Maßregelung an der Stirn der „Ordnungsparteien“ zu halten! Ist es ein Wunder, daß der Partei, die sich erst neulich in ihrem Hauptorgan rühmte, die „besten und zahlreichsten Kreise des Volkes“ zu umfassen, bei einer solchen Wendung der Dinge Himmelangst wird?

Es ist ja einigermaßen beschämend, daß man sich inmitten der ungeheuersten Weltereignisse noch über die Frage unterhalten muß, ob im heiligen preussisch-deutschen Reich ein Mann mit vorchristlicher Gesinnung Beamter sein kann oder nicht. Aber diese Unterhaltung ist ja auch nur ein Symptom all der Rückständigkeit, unter denen wir bisher gelitten haben und über die der eiserne Fuß des Weltkrieges unbarmherzig dahinschreitet. Und nichts kann uns ferner liegen, als ein Triumphgeschrei darüber anzustimmen, daß nun auch bei uns zu Lande das eigentlich Selbstverständliche Tatsache zu werden scheint. Denn nicht darum handelt es sich, Sozialdemokraten in Ämter zu bringen, sondern das ganze Staatswesen mit dem Geiste der Demokratie und des Sozialismus zu erfüllen.

Vom „Fall Müller“ bis dahin ist noch ein weiter Weg.

## Die Antwort auf Gerards Enthüllungen.

In den Erinnerungen, die der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, veröffentlicht hat, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlicht aus den Memoiren des früheren Botschafters Gerard ein Telegramm, das Seine Majestät der Kaiser am 10. August 1914 an den Präsidenten Wilson gerichtet haben soll, und in dem die Vorgeschichte der Beteiligung Englands an dem gegenwärtigen Kriege dargelegt wird.“

Wir sind demgemäß in der Lage festzustellen, daß ein derartiges Telegramm des Kaisers nicht existiert.

Richtig ist, daß dem Botschafter Gerard am 10. August 1914 eine Audienz gewährt wurde, um ihm Gelegenheit zu geben, Seiner Majestät ein Vermittlungsangebot des Präsidenten Wilson zu unterbreiten. Die persönliche Botschaft des Präsidenten an den Deutschen Kaiser lautet:

„Als offizielles Haupt einer der Mächte, die das Haager Abkommen unterzeichnet haben, fühle ich, daß es gemäß Artikel 3 des genannten Abkommens mein Recht und meine Pflicht ist, Ihnen im Geiste wahrhafter Freundschaft zu erklären, daß ich jede Gelegenheit begrüßen würde, im Interesse des europäischen Friedens zu handeln, sei es jetzt oder zu irgendeiner anderen Zeit, die besser geeignet wäre, um Ihnen und allen Ihren Beteiligten Dienste zu erweisen, die mit zur Befriedigung und Freude gereichen würden.“

Dieser Vorschlag erfolgte hiernach zu einer Zeit, wo die beiderseitigen Heere bereits die Grenzen überschritten hatten und es ausgeschlossen erschien, den Ereignissen noch Halt zu gebieten. Seine Majestät konnte also dem Präsidenten Wilson nur seinen Dank für das Anerbieten übermitteln lassen und dazu bemerken, daß es im gegenwärtigen Augenblick wohl noch zu früh zu einer Vermittlung neutraler Mächte sei, daß aber später auf Herrn Wilsons freundlichen Vorschlag zurückgegriffen werden könne.

Seine Majestät der Kaiser unterhielt sich dann noch einige Zeit mit dem amerikanischen Botschafter und setzte ihm die Vorgänge auseinander, die zum Ausbruch des Krieges geführt hatten. Besonders wies der Kaiser auf die zweideutige und illoyale Haltung Englands hin, die die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich zunichte gemacht hatte. Die Ausführungen des Botschafters Gerard in seinen Memoiren scheinen eine Wiedergabe dieses Gesprächs zu sein. Wenn die Presse der feindlichen Länder darin Enthüllungen sieht, so zeigt das nur, daß sie das deutsche Weißbuch nicht kennt, das im wesentlichen dieselben Vorgänge schildert.

Möglicherweise hat der Kaiser während des Gesprächs Notizen für den Botschafter aufgeschrieben, damit dieser nicht etwa Falsches nach Washington meldet. In diesem Falle würde es sich also um eine zur Unterstützung des Gedächtnisses des Herrn Gerard bestimmte Aufzeichnung, nicht aber um eine Mitteilung des Kaisers an den Präsidenten Wilson handeln.“

## Die Widerstände gegen Stockholm

häufen sich. Leider sind ihre Widerständer nicht nur in den Kreisen der Regierenden zu suchen, sondern auch dort, wo man eigentlich verständnisvolles Mitarbeiten an dem Zustandekommen dieses der ganzen Menschheit dienenden Werkes erwarten müßte. In die letztere Kategorie fallen die französischen Sozialisten in ihrer Mehrheit, wenn — woran leider nicht zu zweifeln ist — folgende Pariser Havasmeldung zutrifft:

Die Vertreter der Sozialistenpartei hielten am Sonnabend nachmittag eine Versammlung ab. Nach einem langen Vortrag Brades über den Frieden wurde folgende Erklärung angenommen:

„Die französische Sozialistenpartei kommt nicht nach Stockholm, um dort einen Friedensvergleich zu suchen, der das Schicksal der Völker schweren und neuen Kriegen preisgeben ließe. Sie kommt dorthin, um auszusprechen, daß allein die Achtung vor dem Völkerrecht und die Achtung vor Verträgen und die Verpflichtung, in Zukunft alle möglichen Streitigkeiten dem Richterpruch zu unterwerfen, einen annehmbaren Frieden herbeiführen können. Sie kommt dorthin, um alle Sozialisten aufzufordern, die Regierungen, welche für die zu Beginn des Krieges begangenen Gewalttätigkeiten verantwortlich sind, zu verurteilen, und daß die Sozialisten, nachdem sie die Beurteilung ausgesprochen, gegen die Regierungen auftreten, um den Krieg abzukürzen, indem sie Ehre und Leben der Völker schützen. Sie kommt dorthin, um zu fordern, daß die Regierungen, welche sich dessen weigern, verpflichtet werden, Kundgebungen, ob sie zu den Wiederherstellungen bereit sind, die das Völkerrecht in sich schließt und öffentlich zu erklären, ob sie beabsichtigen, sich immer noch mit der Kriegsfarte zu bewaffnen, um den Frieden herbeizuführen. Sie kommt dorthin, um zu fragen, ob die Sozialisten, welche darauf bestehen, ihre moralische und materielle Hilfe den schuldigen Regierungen zur Verfügung zu stellen, noch weiterhin Mitglieder der Internationale bleiben können, und ob die Internationale nicht diejenigen als die Übrigen anerkennen wird, welche auf Verantwortlichkeiten hinweisen und dadurch zeigen, daß sie entschlossen sind, Taten zu vollbringen, die der Internationale Kraft und Leben geben werden, zu gleicher Zeit, wo wir den Völkern den Weg zu einem möglichen Frieden weisen.“

Was die Bedingungen ihrer Teilnahme an der internationalen Konferenz anbelangt, so erklärt die französische Sozialistenpartei, daß sie bereit ist, an jeder regelrecht zusammenberufenen Konferenz sich zu beteiligen, unter der Bedingung, daß sie erfüllt, wenn sie dort bezeugen soll, den Zweck der Versammlung und ob die Konferenz dort wirksam sein kann. Die Versammlung muß zusammenberufen werden in Abereinimmung mit den Vertretern des Volksgesundheitsausschusses und des internationalen sozialistischen Bureaus. Sie soll die Abgeordneten umfassen, die in gültiger Weise bevollmächtigt sind durch die der Internationale regelrecht angegebene Parteien und durch die Körperschaften, welche das Recht besitzen, auf den internationalen Kongressen vertreten zu sein. Die Art und Weise, in der die Stimmen abgegeben werden, soll vorher festgelegt werden. Die Abgeordneten müssen mit gültigen Vollmachten versehen sein. Damit die Versammlung der Internationale nützliche Wirkungen erzielen kann, ist es notwendig, daß vorher alle Abteilungen sich über den folgenden Grundgedanken äußern. Befiehlt im Fall eines kriegerischen Angriffes von Seiten einer oder mehrerer Mächte das Proletariat der angegriffenen Völker das Recht auf Hilfe aller Proletariate aller kriegführenden Nationen oder nicht? Einer Hilfe, welche gemäß den Möglichkeiten und den gegebenen Umständen in jedem Land gehen kann von dem einfachen Einsatz bis zur bewaffneten Intervention gegen die den Frieden störenden Mächte. Ohne dieses vorherige Übereinkommen könnte irgend eine Versammlung nur ergebnislose Besprechungen herbeiführen, oder, was schlimmer sein würde, Widerstände, die die bedrohte Einigkeit der Internationale noch mehr zu brechen drohen.“

Wenn man diese Erklärung liest, dann zweifelt man wirklich daran, ob die französischen Mehrheitssozialisten es mit dem Zustandekommen der internationalen Konferenz überhaupt ernstlich meinen. Bestärkt wird man in diesem Zweifel noch durch ein Schreiben der elsaß-lothringischen Mitglieder der französischen Partei an Branting, in dem sie die Rückgabe Elsaß-Lothringens als notwendige Voraussetzung eines Friedens bezeichnen und eine Volksabstimmung verwerfen. Unter diesen Umständen kann man vorläufig wenig Hoffnung auf eine ergebnisreiche Arbeit in Stockholm hegen, es sei denn, daß die Widerstrebenden noch eines besseren belehrt werden.

Inzwischen liegt auch schon eine Erklärung der Regierungen der Entente über die Vorfrage vor. Im englischen Unterhaus erklärte Bonar Law, es sei für Personen, die im Vereinigten Königreich wohnen, gesetzlich unstatthaft, ohne Erlaubnis der Regierung mit feindlichen Untertanen eine Konferenz abzuhalten. Die Regierung beschloß, die Erlaubnis zur Teilnahme an der Konferenz nicht zu erteilen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien, mit der die britische Regierung über den Gegenstand verhandelte, hätten dasselbe beschlossen.

Zum Schluß sei noch ein Telegramm des australischen „Arbeiterministers“ Hughes, der als Premier fungiert, an das englische Kolonialamt wiedergegeben. Hughes sagt in demselben: „Ich bin entschieden der Meinung, daß die englische Vertretung auf der Stockholmer Konferenz sehr wenig wünschenswert ist, da sie dazu angetan ist, die Verbindungen an der Fortführung des Krieges und an den entscheidenden Friedensbedingungen zu behindern. Es ist un-

möglich, die Vertretung auf der Stockholmer Konferenz in Einklang zu bringen mit Englands Kriegszielen, wie sie von Lloyd George dargelegt worden sind. Ich erkläre in dieser Konferenz, bei der die Friedensnarren aller Länder einschließlich Englands und die geheimen Agenten Deutschlands unter der Maske von Friedensfreunden und von Freunden der Arbeiter zusammenkommen werden, eine listige Falle, um die lokalen englischen Arbeitervertreter und durch sie die organisierte Arbeit, die jetzt den Krieg unterstützt, zu fangen."

Dieses Telegramm spricht für sich selbst.

## Die Kriegslage.

### Zu den Kämpfen im Westen und Osten.

Nach dem verlustreich gescheiterten Angriff vom 10. und 11. August flaute in Flandern am 12. die Kampftätigkeit ab. Erst im Laufe des Nachmittags und Abends nahm das Artilleriefeuer von Merxem bis zur Oys zu und steigerte sich an einzelnen Stellen bis zum planmäßigen Zerstörungseinsatz. In der Gegend östlich Mesines stellten die Engländer die Infanterie zum Sturm bereit. Die Ansammlungen wurden jedoch rechtzeitig erkannt und durch Vernichtungsgeschosse zerstört. Deutsche Patrouillen stießen erfolgreich im Trichterlande vor. Aus einem vor der Front liegenden Taut wurde Beute eingebracht. An der Küste nahm nach weiteren gescheiterten Patrouillenversuchen in der Nacht zum 12. August hier das englische Artilleriefeuer an Stärke und Blamhaftigkeit zu. Es war besonders heftig am Nachmittag des 12. August und hielt in dieser Stärke bis Mitternacht an. Englische Zerstörer wurden von deutschen Seeflugzeugen am 12. August um 1 Uhr mittags mit Bomben angegriffen und vertrieben. Auf einem Zerstörer wurde mit Sicherheit ein Treffer festgestellt. Die Fliegertätigkeit war bei gutem Wetter beiderseits rege. Deutsche Flieger schossen einen englischen Ballon ab. In der Gegend von St. Quentin griffen in der Nacht zum 13. August um Mitternacht zwei starke feindliche Patrouillen die deutschen Gräben nordwestlich Bellenglise an. Der Vorstoß scheiterte bereits im Abwehrfeuer. Die Franzosen und Engländer scheinen zu beabsichtigen, den unerzehllichen Bau der Kathedrale von St. Quentin vollends zu zerstören. Im Laufe des Nachmittags und Abends des 12. August erhielt die Kathedrale 25 Volltreffer. An der Visne-Front hielten sich die Franzosen eine neue Reihe blutiger Schlappen. Der groß angelegte Angriff beiderseits der Straße Soissons-Laon brach im Abwehrfeuer und Nahkampf zusammen. Der Teilangriff südwestlich Ailles wurde im Maschinengewehrfeuer und mit Handgranaten abgewiesen. Ferner scheiterte ein französischer Handgranatenangriff gegen die neu gewonnenen deutschen Stellungen am Cornillet. Die Berichte über den französischen Erfolg am Reilberg vom 11. August sind ebenso unzutreffend, wie über erfolglose deutsche Angriffe am Luginsland und Hochberg am 12. August.

In der westlichen Moldau machen die Russen und Rumänen verweirte Versuche, die Verbündeten zurückzuwerfen. Immer wieder versuchen sie, die blutgetränkten steilen Hänge des Mt. Casimulai zu stürmen. Ebenso erbitert und erfolglos waren ihre Angriffe westlich der Glanc-Mündung, bei der Glasfabrik sowie nördlich des Klosters Lepsa. Alle diese Angriffe konnten das stetige Vordringen der Verbündeten nicht aufhalten, die im Flußwinkel zwischen Diloj und Troius weitere Fortschritte machten und mit stürmender Hand sich in den Besitz der das Totus-Tal beherrschenden Höhen südlich Turgul und Ocna setzten. Auch nördlich Jociani blieb der Angriff im Fluß. Die Verbündeten härmten das Dorf Clipiojei zwischen Sufita und Patna und setzten sich in den Besitz des die Verteidigung in hohem Maße begünstigenden Dörferkomplexes auf dem Nordufer der Sufita, das die Ortschaften Balani, Ranciu und Cruso umfaßt. Alle ihre Versuche, durch wäsende Gegenstöße von Maracesti aus nach Süden und Westen das Vordringen der Verbündeten aufzuhalten, scheiterten unter schwersten Verlusten. Durch Gefangene konnte festgestellt werden, daß nicht weniger als zehn russische Regimenter an diesen Angriffen beteiligt waren. Mit dem gleichen Erfolg wurden die Entlastungsangriffe zwischen der Buzani-Mündung und der Donau zurückgeworfen.

### Die Heeresberichte.

RTS. Berlin, 13. August, abends. (Amtlich.)  
In Flandern und bei Sedan lebhaftes Artilleriekampf.  
In Rumänien neue Erfolge unserer Truppen.

Wien, 13. August. (Amtlich.)

### Österreichischer Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radetzky.  
Nordwestlich von Jociani erzielten unsere deutsche Regimenter das sich verteidigende Buzani. Südwestlich dieses Ortes warfen unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen. Erfolgreiche Gegenangriffe westlich des Dnastines von Galez und südlich von Jociani blieben erfolglos.

### Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Josef.

Unsere Truppen setzen beiderseits des mittleren Glanc-Baches der den Südrückenstellungen von Ocna im Kampf. Der Feind erlitt schwere Verluste durch erneutes Gegenstoß.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Despot von Serbien.

In Reuth und an der Gaila führten die Russen mit verstärkten Aufklärungsabteilungen vor.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Fliegertätigkeit über dem Toppo hält an.

### Ballan-Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

### Frankreichs Heeresbericht.

Vom 12. August, nachmittags: In Belgien Artillerietätigkeit nördlich von Espinosa. Keine Infanterietätigkeit. Nördlich von Faget nahmen unsere Truppen die Grabenlinie, welche die Deutschen in der Nacht zum 10. eroberten, vollständig wieder und machten ungefähr 20 Gefangene im Verlauf dieses Kampfes. Im Abschnitt der Wagny-Ferme und der Saffroy-Wälder nahmen unsere Truppen mehrere Gefangene in die feindlichen Stellungen und nahmen Gefangene mit. Südlich von Ailles erzwangen die Deutschen ihre Besatzung auf die Gräben, die wir gestern eroberten. Zwei Regimenter, von denen der eine sehr feig war, wurden mit erneuten Versuchen für den Feind eingesetzt. Unsere Truppen hielten alle Gefangenen und machten neue Fortschritte in der Nacht. In der Champagne und an beiden Mosasern wurden lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Ancoart haben wir einen Handstreich des Feindes zum Scheitern gebracht. Im Elbej-Jahreslager von Petrasien im Walde. Es bestätigt sich, daß ein deutsches Flugzeug am 2. August an der belgischen Front abgeschossen wurde. Später wurde westlich von Sarguemünd ein deutsches

Flugzeug durch Maschinengewehre heruntergeholt. Als Vergeltung für die deutschen Bombenangriffe auf Nancy und in der Gegend nördlich von Paris haben gestern zwei Flugzeuge, geführt von Leutnant Welergues und Unterleutnant Baumont Frankfurt a. M. mit Bomben belad. Beide Apparate sind unversehrt zurückgekehrt.

Abends: Der Artilleriekampf war heute zeitweise ziemlich heftig in Belgien, im Abschnitt von Hurtebise und auf beiden Maasufere. Die Deutschen haben hier und auf die ganze Stadt Rems Kanonenschüsse abgefeuert. Zwei Zivilpersonen wurden getötet, einer verwundet. Sonst war der Tag überaus ruhig. In der Nacht vom 10. auf den 11. August und am Tage des 11. August belegten unsere Flugzeuge auf der belgischen Front feindliche Lager nördlich des Heutshalt-Waldes, sowie die Bahnhöfe Corteward und Lichterwalde mit Bomben. In Lichterwalde wurde eine Feuersbrunst und eine heftige Explosion festgestellt. Auch auf den Flugplatz von Kolmar wurden zahlreiche Geschosse abgeworfen.

### Englischer Heeresbericht.

Vom 12. August, nachmittags: Das Wetter ist immer noch nach und stürmisch. Während der Nacht tobte ein Kampf um den Besitz des Minenkraters östlich von Ginchy bei La Bassée. Wir richteten uns auf dem linken Kraterrand ein und trieben den Gegenangriff zurück. Große Tätigkeit der feindlichen Artillerie herrschte östlich und nördlich von Ypern.

Abends: Am Morgen griff der Feind unsere neuen Stellungen nördlich der Straße Ypern-Merem an. Nach heftigem Kampf drückte er unsere Linie im Glenoise-Wald zurück. An der Bahn Ypern-Staden gewannen wir auf dem rechten Ufer der Stenbed Boden. Während des Tages machten wir weitere 124 Gefangene. Zum ersten Male war gestern seit zehn Tagen den ganzen Tag über Fliegertätigkeit möglich. Die feindlichen Flugkräfte zeigten große Tätigkeit; sie überflogen an verschiedenen Stellen unsere Linien, verlustig das Werk unserer Artillerie zu stören und griffen unsere Bombenwerferflugzeuge an. Trotz ihrer Anstrengungen wurden sehr erfolgreiche Artilleriebeobachtungen von uns durchgeführt, eine große Anzahl Photographien aufgenommen und viele Ziele auf der Erde wirkungsvoll unter Maschinengewehrfeuer genommen. Während des Tages und der Nacht wurden 6 1/2 Tonnen Bomben auf feindliche Flugplätze, Munitionslager und andere Punkte von militärischer Bedeutung abgeworfen. Der Kampf war den ganzen Tag über sehr heftig, da der Feind in großen Formationen auftrat. Sehn deutsche Flugzeuge wurden von unseren Flugzeugen heruntergebracht, fünf steuerlos gemacht und ein weiteres durch Geschützfeuer abgeschossen. Zwölf von unseren Flugzeugen werden vermisst.

Sais Bericht: Die Zahl der von uns bei dem erfolgreichen Angriff vom 10. August und den darauf folgenden Unternehmungen östlich von Ypern gemachten Gefangenen beträgt jetzt im ganzen 454, darunter 9 Offiziere. Ferner erbeuteten wir sechs deutsche Geschütze. Der Feind versuchte heute früh südlich von Armentieres einen Angriff zu machen, wurde aber erfolgreich durch portugiesische Truppen mit Bomben und Gewehrfeuer abgewiesen.

### Russischer Heeresbericht.

Vom 12. August. Westfront: Lebhaftes Artilleriekampf der feindlichen Artillerie in der Gegend der Stadt Borzage und in Richtung auf Kolutschel. In der Gegend von Husiatyn drangen unsere Aufklärer, die den Feind überschritten, in den österreichischen Teil Husiatyn ein und nahmen nach Handgranatenkampf 21 Deutsche gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre. An der übrigen Front Gemehrfener. Rumänische Front: In der Gegend der Quelle des Dobrosulusses und nördlich des Flusses Dostieb dauern die Kämpfe mit abwechselndem Erfolg an. Westlich Ocna-Grzeguc fanden den ganzen 11. August äußerst heftige Kämpfe statt. Die Oesterreicher und Deutschen machten wiederholte hartnäckige Angriffe, besonders in der Richtung auf Uzna und abends zwangen sie die Rumänen, sich auf Ocna-Kochnite-Mosoonelo und in die Richtung westlich von Grozescu zurückzuziehen. In Richtung auf Jociani griffen die Oesterreicher und Deutschen im Laufe des 11. August längs der Eisenbahn Jociani-Mereseck erbitert an. Unsere und die rumänischen Truppen verteidigten trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes zähe ihre Stellungen und machten Gegenangriffe, wobei sie etwa 1200 Deutsche gefangen nahmen. Bei Einbruch der Nacht zogen sich jedoch infolge kräftigen Druckes der Deutschen unsere und die rumänischen Truppen auf Belani-Mereseck und Finceni zurück. In der Gegend der Buzani-Mündung ergriffen unsere Truppen die Offensive, bemächtigten sich durch Handstreich Teile der feindlichen Stellung, machten Gefangene und erbeuteten vier Geschütze und acht Maschinengewehre.

## Frankreich und Belgien.

### Um Poincare.

Nach Meldungen aus Paris verlangt ein Antrag Clemenceaus im Senatsauschuss die Überweisung des Geheimvertrags-Abschlusses des Präsidenten Poincare mit Russland an den in der Verfassung vorgesehenen Staatsgerichtshof zur Nachprüfung, weil der Vertrag verfassungswidrig ohne Zustimmung des Ministeriums abgeschlossen wurde.

Das "Petit Journal" meldet, daß die französischen Sozialisten mit wenigen Ausnahmen den Antrag Clemenceaus auf Einberufung einer Geheimkongress der Kammer und des Senates unterstützen, um in ihr die Zuständigkeit und persönlichen Verpflichtungen des Präsidenten staatsrechtlicher Art zu besprechen und Beschluß zu fassen.

## Rußland.

### Neue Friedenszeichen in Rußland?

Der russische Mitarbeiter des "Dund" meldet, der Handels- und Industrieminister habe der "Birschewija Wjedomosti" zufolge der vorläufigen Regierung eine Vorlage über die Demobilisierung der russischen Industrie unterbreitet, in der darauf hingewiesen wird, daß die militärischen Ereignisse und die überall hervortretende Begierde nach Frieden Rußland völlig narrenbereitet vor die Möglichkeit des Endes des Krieges stellen könnten. Der Handels- und Industrieminister habe deshalb sämtliche Behörden und die Stadt- und Gemeindefürsorge angefordert, unverzüglich Pläne für die Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft einzureichen.

### Kerenkis Haltung zur Stockholmer Konferenz.

Dem Korrespondenten des "Handelsblatt" zufolge haben die heute in London weilenden Angehörten des Rates der Arbeiter und Soldaten eine ausführliche Mitteilung veröffentlicht, in der sie erklären, nicht zu verstehen, warum Kerenki gegen Stockholm sein sollte. Erst vor einer Woche habe der Rat der Arbeiter und Soldaten ihm telegraphisch, daß er die Vorbereitungen für Stockholm beschleunigen müsse, da der Rat der Arbeiter und Soldaten dem Kabinet Kerenki nicht feindlich gesinnt sei, im Gegenteil dem Ministerium die größte Unterstützung leiste. Dieser Bericht und der Bericht des Londoner Korrespondenten des "Telegraph", wonach Lloyd George Henderson das Telegramm Kerenkis vorher abgefaßt gehalten

habe, würde die Vermutung bestärken, die auch am Sonntag eine Reihe führender Arbeiterkreise äußern hörten, nämlich daß Lloyd George Hendersons Standpunkt kannte, und daß Kerenki unter Vorwissen Lloyd Georges das berücksichtigte Telegramm absandte, um noch in letzter Stunde Henderson zu bewegen, seinen Standpunkt bezüglich Stockholm zu ändern.

### Russische Soldaten weigern sich, an die Front zu gehen.

Der russische Mitarbeiter des "Dund" meldet: Russischen Blättern zufolge fand in Petersburg eine Kundgebung der 40jährigen Soldaten statt, die sich weigern, an die Front zurückzukehren. Solche Kundgebungen spielten sich auch in Moskau und in einigen Gouvernements und Kreisstädten ab. Laut "Birschewija Wjedomosti" nimmt die Gärung in Astrachan einen geradezu gefährlichen Charakter an. Die Soldaten weigern sich entschieden, an die Front zurückzukehren.

### Kerenki sucht die Schuld für den Zusammenbruch Rußlands von sich abzuwälzen.

Berlin, 13. August. (Amtlich.) Kerenki erklärt in seinem neuen Erlaß an das russische Volk: Die Offensive des Feindes, die einsetzt, während im Innern Unordnung herrscht, bedroht Rußlands Dasein. Dazu sei bemerkt, daß die von den Heeren des neuen Rußlands unternommene Offensive die Gegenoffensive Deutschlands und seiner Verbündeten herausgefordert hat. Die Verantwortung fällt somit auf diejenigen zurück, die die russische Offensive veranlaßten.

### Der Arbeiter- und Soldatenrat

hat den Antrag der provisorischen Regierung auf Übertragung besonderer Vollmachten an Kerenki verworfen.

## England.

### Kontrolle der Welttonnage.

Reuter meldet: Das Schiffahrtsamt und Sir Thomas Rendlen, der Vertreter der englischen Schiffahrtsinteressen, erörtern die Frage der gemeinsamen Kontrolle der Welttonnage und eine einschneidende Ermäßigung der Frachttarifen. Dem Vernehmen nach erwägt das Schiffahrtsamt ernstlich den Vorschlag, daß die amerikanische Regierung einem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Charakterabkommen und einer Vereinbarung zwischen den Alliierten zur Versorgung der Schiffe mit Bunkerkohle beitreten soll.

### Vor der Entscheidung.

"Daily News" schreibt: Wenn sich die Arbeiterkonferenz am 21. August für Henderson entscheidet, müssen die anderen Minister der Arbeiterpartei sich von der Regierung zurückziehen. Es verläutet, daß in diesem Fall der Premierminister an das Land appellieren und allgemeine Neuwahlen ausgeschrieben würde.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

Über den letzten Luftangriff auf Frankfurt a. M. meldet Wolff unter dem 13. August amtlich: Gegen 8 Uhr abends warf ein feindlicher Flieger fünf Bomben auf Frankfurt a. M. ab. Geblitzt wurden zwei Männer, eine Frau und ein Kind; verletzt — zum Teil schwer — weitere zwölf Personen. Militärischer Sachschaden wurde nicht angerichtet. Das Flugzeug wurde auf dem Rückflug durch zwei unserer Flugzeuge bei Saargemünd abgeschossen. Die Insassen — Franzosen — wurden gefangen genommen.

Nach einer Privatmeldung aus Frankfurt brachte der Fliegerangriff auch eine empfindliche Störung der "Egmont"-Aufführung im Opernhaus, mit der der neue Leiter der städtischen Theater Frankfurt, Geheimrat Dr. Feib, seine Tätigkeit begann. Mitten im ersten Akt, in der Szene zwischen Egmont und seinem Sekretär, hörte man draußen lebhaftes Schrapnellfeuer. Der Spielleiter erschien auf der Bühne und ersuchte das Publikum, für eine Weile in Kellern und Gängen Aufenthalt zu nehmen, bis die Fliegergefahr beseitigt sei. Draußen war man dann Zeuge des Schauspiel eines Luftgeschlages. Erst nach zwanzig Minuten konnte die dadurch empfindlich gestörte Vorstellung ihren Fortgang nehmen.

### Ein Luftangriff auf Kolmar.

Einer Privatmeldung der "Basler Nachrichten" zufolge wurde Kolmar von französischen Fliegern angegriffen. Militärischer Schaden ist nicht entstanden; dagegen wurden vier Bürger getötet sowie drei Frauen und Kinder schwer verwundet und mehrere Privathäuser schwer beschädigt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### Das Steuerprogramm des Herrn Schiffer.

Der Direktor im Reichsschatzamt, Herr Dr. Schiffer, hat einem Vertreter der "Münchener Zeitung" in folgender Weise sein Steuerprogramm entwickelt:

1. Die neuen Steuern müssen natürlich ertragreich sein, doch sollen möglichst wenig verschiedene Steuerarten den notwendigen Ertrag liefern. Also unter allen Umständen lieber wenig, aber große, einschneidende Eingriffe, als daß der Steuerkörper aus zahllosen kleinen Wunden zum Bluten gebracht wird.

2. Sehr wesentlich ist die Art der Veranlagung. Der sogenannten Steuerpsychologie muß in weitestem Umfange Rechnung getragen werden, damit der Verzerrung des Steuerzahlers, soweit als überhaupt möglich, vorgebeugt wird. Um dies zu erzielen, müssen die Steuern überfällig, klar und einfach sein. Jeder Steuerzahler, vor allem jeder Kleinrentner, soll in der Lage sein, die Höhe seiner Steuern zu jeder Zeit zu übersehen, um richtig disponieren zu können. Weiter sollen die Steuern natürlich nur eines einfachen Verwaltungsapparates bedürfen, deren Einführung die geringstmöglichen Kosten verursacht.

3. Soll die Bemessung der Steuer derart erfolgen, daß das Wirtschaftsleben gesichert wird, also keine Ueberpannung, die die Industrie erdroffeln würde, von deren Entwidlung wir in erster Reihe die Aufbringung der Steuern

Beträge, deren wir bedürfen, erhoffen können. Die Industrie muß stets in der Lage bleiben, sich auf die neuen Steuern einstellen zu können. Mein Vertrauen in unsere Industrie, in unsere Technik und in unser Wirtschaftsleben ist nach den Leistungen, die im Kriege gebracht wurden, so groß, daß ich garnicht daran zweifle, daß es seiner Aufgabe, den benötigten Ertrag abzuwerfen, durchaus wird entsprechen können. Die Voraussetzung ist nur, daß wir ihm seine Entwicklungsmöglichkeiten nicht unterbinden. Daher werden wir die bisher sozialpolitischen Grundzüge nicht verlassen und im Rahmen der Möglichkeit den kleinen Steuerzahler zu schonen trachten.

Auch gegen Monopole bin ich nicht grundsätzlich eingenommen, doch möchte ich betonen, daß ich in allen jenen Fällen, wo die Besteuerung des freien Wirtschaftslebens den gleichen oder annähernd gleichen Ertrag liefert, unbedingt immer für den letzteren einzutreten gelommen bin.

Aus den weiteren Ausführungen des Unterstaatssekretärs wäre noch als bemerkenswert zu erwähnen, daß er von einer Kapitalabwanderung und Steuerflucht nach dem Kriege wenig Besorgnis hegt.

### Gegen die Zensur.

Die Abgeordneten Dove und Dieckhoff haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß durch Verfügun des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Artilleriecorps in Frankfurt a. M. vom 24. Juli d. J. der „Frankfurter Zeitung“ auferlegt wurde, alle zur Veröffentlichung bestimmten telephonischen Uebersetzungen des Berliner Bureaus dieser Zeitung vor Drucklegung der Zensur vorzulegen?“

Ist es dem Herrn Reichsminister weiterhin bekannt, daß die gegen diese Verfügung schon am 25./26. Juli erhobene Beschwerde bis heute ihre Erledigung noch nicht gefunden hat?

Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um die fortgesetzten Uebergriffe der militärischen Instanzen auf das der Zensur nach den gemachten Zusagen entzogene Gebiet der allgemeinen Politik zu verhindern?

Was gedenkt er ferner zu tun, um das Rechtsmittelverfahren in Zensursachen zu beschleunigen?“

### Zur Friedensstundgebung des Reichstages.

Im jüngsten Heft der „Deutschen Arbeit“, dem Organ der christlich nationalen Arbeiterschaft, machte Generalsekretär Stegerwald, das Mitglied des Kriegsernährungsamtes, bemerkenswerte Gründe, die die Annahme der Friedensentscheidung des Reichstages rechtfertigen:

„In der Hauptsache waren es Alldoische, extrem Konervative mit altpreussischer Denkungsart, sowie Schwerindustrie, die übereinstimmend weitgehende Kriegsziele vertraten und gleichzeitig jeder innerpolitischen Neuordnung während des Krieges sich widersetzen. Politisch stand also die Gesamtsituation so, ob die Weiterführung des Krieges und die Gestaltung des Friedens ausschließlich auf die Rezepte dieses Herrenmenschen eingestellt werden sollte, oder ob auch den breiten Schichten durch die geordnete parlamentarische Vertretung darauf ein starker Einfluß einzuräumen sei.“

In weiteren Ausführungen legt Siegerwald dar, daß Deutschland durch Vertretung überpanneter Kriegsziele dahin gebracht werden könnte, daß auch noch der Rest der neutralen Welt sich gegen uns lehre. Das Bluffen würde in solcher Situation entgegengesetzt wie bei den Ententestaaten. Die Entstehung der Krise in den jüngsten Wochen sei letzten Endes einer kleinen absolutistischen Kaste und der Politik der verpöhten Gelegenheiten in Preußen zuzuschreiben. Bethmann-Hollweg sei darüber gescheitert, daß er sich nicht rechtzeitig für die unabweisbaren Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Politik entschlossen habe.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bespricht in einem ungefähr gleichen Sinne die Wandlung der jüngsten Zeit. Dabei macht sie folgende auffälligen Bemerkungen: „Die Verständigung mit England war bei Kriegsausbruch verhältnismäßig weit fortgeschritten, sie hätte schon früher zu bestimmten Ergebnissen geführt, wenn nicht Tirpitz, der als Organisator der deutschen Flotte einen gewaltigen Einfluß auf militärisch-politische Entscheidungen besaß, die gesponnenen politischen Fäden rücksichtslos zerrissen hätte.“

### Es löst sich der Ordnung Band!

Einer derer v. Puttkamer, Herr auf Rippoglenze, der seine Zeit fern von dem bedrohten Preußen, in Partensirben verbringt, setzt in der „Kreuzzeitung“ der Welt seine Ansichten über Gegenwart und Zukunft auseinander. Demokratie und Parlamentarisierung sind für diesen Puttkammerling gleichbedeutend mit Zerstörung des Reiches, denn:

„das Volk regiert, das Volk befiehlt, das Volk ernennet und entläßt Reichsminister und Minister und die zu Reichsministern befördernden Staatssekretäre, das Volk entscheidet über Krieg und Frieden. Kaiser, Fürsten, Bundesrat sinken in das Schattenreich, und wenn sie sich dem Volkswillen nicht beugen, droht die Revolution, das Schicksal des „Obersten Romanow“.“

In diesem Stil geht es weiter und zum Schluß verfährt der Heerenhäusler v. Puttkamer-Rippoglenze, daß er es mit der alten Losung halte: „Gottvertrauen und Durchhalten!“ — Woran ihn niemand hindern wird.

### Angst vor Stockholm.

In gewissen Kreisen scheint man die Erwartung, daß die bevorstehende sozialistische Konferenz in Stockholm zu Ergebnissen führen wird, die den Frieden fördern, recht unangenehm zu empfinden. So schreibt die schwer-industrielle „Post“:

„Die geringste Ungeheuerlichkeit der deutschen Arbeiterführer, die sich etwa an den Stockholmer Tisch setzen würden — wir trauen nun einmal diesen Männern wirklich allerlei Ungeheuerlichkeiten zu — würde der deutschen Wirde schweren Abbruch tun, das Ansehen Deutschlands als geschlossene Macht im ganzen feindlichen Ausland untergraben und schließlich der deutschen Sache selbst schwersten Schaden tun. Mit dem wohlverstandenen deutschen Interesse hat also die geplante Stockholmer Konferenz, mag sie nun von den Arbeiterparteien der Westmächte beschickt werden oder nicht, nicht das mindeste zu tun. Doch die deutsche Sozialdemokratie selbst diese Einsicht gewinnt, läßt sich freilich nicht hoffen. So bleibt es denn Pflicht der deutschen Regierung, darüber zu wachen, daß der Staat infolge des Stockholmer Konferenzgebärens keinen Schaden nehme.“

Ausgerechnet die „Post“, die seit Jahren Wasser auf die Mühlen unserer Gegner treibt, glaubt sich zu solchen Maßnahmen, die eines denunziatorischen Einflusses nicht entbehren, berufen! Man merkt die Absicht und wird — nicht überhört.

# Der amtliche Kriegsbericht.

M.B. Großes Hauptquartier, 14. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptquartier.  
Starke Angriffe der verbündeten Gegner beider Seiten vor.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Generalkampf auf den Schlachtfeldern in Flandern war wechselläufig. Er ereignete sich an der Aisne, nördlich von Ypern, abends wieder große Festigkeit.

Gewalttätige Erkundungen der Gegner brachen vor mehreren Abschnitten unserer Abwehrzone ergebnislos zusammen.

Südwestlich von Westhoek warfen wir die Engländer aus einigen Waldhöfen zurück.

Im Artois war die Kampftätigkeit durchweg gesteigert. Vornehmlich beiderseits von Lens und an der Scarpe.

Auch an dieser Front schickten mehrere englische Verbände bei einem Unternehmen schifflicher und bayerischer Sturmabteilungen bei Neuve Chapelle wieder eine größere Zahl Portugiesen gefangen einbracht.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

An der Aisnefront und in der West-Champagne war eine erhebliche Zunahme des Artilleriefeuers bemerkbar. Am Cornillet südlich von Maunoy griffen die Franzosen zweimal ohne jeden Erfolg die von uns dort am 10. August gewonnenen Stellungen an.

An der Nordfront von Verdun lagen die Artillerietagsüber mit sehr geringen Unterbrechungen in scharfem, sich dauernd steigendem Feuerkampf. Der Franzose hat in diesem Kampfabschnitt wieder starke Kräfte, vor allem an Artillerie, herangeschickt.

### Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Zwischen Maas und Mosel wurden feindliche Vorstöße bei Flizey abgelehnt. In der lothringischen Ebene und im Sundgau war gleichfalls die Feuerintensität lebhafter als sonst.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden 9 feindliche Flieger und 2 Festballons abgeschossen.

Oberleutnant Deßler hat am 13. August seinen 23. und 24. Gegner zum Absturz gebracht.

### Deutscher Kriegshauptquartier

#### Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Keine größeren Gefechtsabhandlungen.

#### Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Südlich des Protolaj-Abschnittes machte der Gegner uns durch starke Gegenangriffe unsern Geländegewinn streitig. Auch südlich des Ditzo- und Cassin-Tales führte er heftige Angriffe, die sämtlich zurückgeschlagen wurden.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Bei Nanciu kam es zu neuen Kämpfen, bei denen der Feind in erfolglosen Angriffen schwere Verluste erlitt.

Zwischen Suliza- und Putna-Tal drängten unsere Truppen den sich jäh wendenden Gegner nach Nordosten ins Gebirge zurück.

Längs des unteren Sereth verließen Vorpostengefechte für uns günstig. Gefangene und Beute wurden geborgen.

In Mündungsgebiet der Donau lebte die Feuerintensität auf.

### Russische Front

Nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister: Subandorff.

heilen. Leider aber nicht mit den wissenschaftlichen Erfolgen. Viele dieser Lungenkranken werden bald im Berufsleben wieder von der Tuberkulose befallen werden und die Zahl dieser um ein Bedeutendes vermehren, die schon vorher mit ihr gerungen haben. Von ärztlicher Seite wird zwar behauptet, daß ein Ausbruch in diesem Stadium im Falle geheilt wird. Das könnte vielleicht bei längerer Kriegsdauer der Fall gewesen sein, mit der Länge des Krieges schwindet leider auch diese Möglichkeit, denn die Strapazen müssen schließlich die heilenden Wirkungen zerstören, von denen man sich allenfalls einen günstigen Einfluß versprochen hatte.

Es ist also mit Sicherheit damit zu rechnen, daß zu dem großen Heer von Lungenkranken nun noch die hinzukommen, die bei der jetzigen Ernährung ihre Widerstandskraft gegen die Abwehr einbüßen. Es ist allgemein bekannt, daß auch die Vorzubereitung gegen den Krankheitskeim, nur darin besteht, dem Körper möglichst viel Nährstoffe zuzuführen, damit er den Kampf gegen die Tuberkulose aufnehmen kann. Ist der Körper bereits erkrankt, dann vermag, wenn der Stoff noch nicht zu starke Zerstörungen im Innern der Lunge angerichtet hat, eine gute Ernährung die Bakterien unschädlich zu machen. Diese Voraussetzungen fehlen heute leider. So kommen wir zu dem traurigen Schluß, daß sich zu den Kriegsoffizieren draußen auf den Schlachtfeldern auch bei uns immer ungeschätzte Opfer der Lungenkrankheiten gesellen werden. Zweifellos treten zu der mangelnden Ernährung noch andere Ursachen. Zunächst die gesteigerte Arbeitsleistung, die am Markt des Kranken fehlt. Insbesondere Arbeit erfordert erhöhte Aufwendung von Körperkräften, was bei geringerer Ernährung doppelt bedenklich ist. Eine allgemeine Ersparmung ist jetzt das Ueberhandnehmen des Lebensunternehmens. Es ist eine im Gewerkschaftsleben bekannte Sache, daß gerade durch Ueberanstrengen dem Körper die meisten Kräfte entzogen werden. Weiter kommt hinzu, daß die Nacharbeit und das wechselläufige Schichten system weitere Körperkräfte aufzehrt, schließlich darf die Lager Handhabung der Schutzrichtungen bei der Abfassung von Staub und Arbeitsschmutz nicht unterwacht bleiben. Auch daß Frauen und Jugendliche nicht mehr den Schutz genießen, der für die Gesundheit nötig ist, wird sich in dem Gesundheitsstand noch bitter fühlbar machen.

Leider ist ganz wenig Aussicht, alle diese Gefahren während des Krieges überwinden zu können; rechnen wir dazu die mangelhafte Ernährung, dann haben wir die ersten Kriegsgefahren für die Volksgesundheit zusammen.

Was ist zu tun, hier Halt zu gebieten? Es wäre nötig, den Lungenkranken an Stelle der Nahrungsmittel, die wir ihnen nicht geben können, wenigstens verringerte Arbeitszeit zu verschreiben, um die Ausgabe von Körperkräften zu schonen. Ferien von längerer Dauer könnten Wunder wirken, auch sollte allen Feindes die Frage erwogen werden, ob man den Lungenkranken wenigstens die volle Restriktion von 500 Gramm weiter liefern könnte. Schließlich könnte in der Beschaffung von Nahrungsmitteln für die Tuberkulösen wirklich etwas mehr getan werden, wenn uns daran liegt, diese dem Wirtschaftsleben zu erhalten. Hier ist für die Versicherungsanstalten durch Zuschüsse für Ferien und Beurlaubungen für Nahrungsmittel ein weites Feld der Fürsorge eröffnet. Arzt, Apotheke und Krankenkassen sind in der Tat heute raktlos, aber wir dürfen da nicht tatenlos zusehen, wenn uns die Gesundheitspflege nicht schaudern machen soll.

Die Menschenökonomie verlangt gebieterisch die Erhaltung der Lungenkranken, deren Zahl und Bedeutung viel zu groß sind, als daß wir sie opfern könnten. Die Sache ist dringender ernst. Wir fordern Mitgefühl für die, die unter dem Krieg mehr leiden als die Gefunden.

## Ernährungsfragen.

### Keine fleischlosen Wochen.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß im September und Oktober im ganzen Reich zwei fleischlose Wochen eingeführt werden sollen, entbehrt jeglicher Begründung.

## Nus Säben und den Nachbargebieten.

Dienstag, 14. August.

Keine Beschlagnahme der privaten Bekleidungsbestände. In den Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle lesen wir: „In einer süddeutschen Zeitung tauchte wieder ein längerer Artikel auf, der sich mit der Beschlagnahme von Kleidern und Wäsche in Privathaushalten befaßt. Schon die mit einem Fragezeichen versehenen Ueberschriften des Artikels ließ erkennen, daß der Verfasser selbst im Zweifel über diese angeblich bevorstehende Maßnahme der Reichsbekleidungsstelle war. Die große Mehrzahl der Bevölkerung aber wird gerade jetzt in einer Zeit der Hochspannung unserer Nerven das Fragezeichen als einen Warnungsruf auffassen und in bangster Sorge um ihren Privatbesitz sein. Die Absicht jener Ausführungen ist nicht klar. Sie schildern Wirkungen einer Beschlagnahme, die eintreten könnten, wenn — ja wenn die Beschlagnahme wirklich erfolgt wäre. Das ist aber nach den mehrfachen und unabweislichen Erklärungen der maßgebenden Behörde, der Reichsbekleidungsstelle, nicht beabsichtigt. In der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle sind nur Bestimmungen über das Verfahren bei etwaigen Beschlagnahmen und Enteignungen getroffen, eine Beschlagnahme selbst aber gar eine Enteignung ist aber in ihr überhaupt nicht, weder für den Handel noch für den Privatmann, ausgesprochen. Alle Furcht vor einem bevorstehenden Eingriff in die Privatbestände ist daher völlig haltlos.“

Die wohlhabenden Leute, die sich reichlich mit Bekleidungsgegenständen versehen haben, können also ganz beruhigt sein. Ihren „Beständen“ geschieht nichts.

Metallablieferung aus den eingemeindeten Orten und den Landgemeinden. Bei der Metallannahme des Postamtes (Schuppen 1 der Kaufmannstraße, Unterstadt zwischen Brautstraße und Fischstraße) werden auch von der Landbevölkerung und den Bewohnern der eingemeindeten Orte vielfach beschlagnahmte Metallgegenstände, insbesondere Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen abgeliefert. Es kann der in Frage kommenden Bevölkerung nur empfohlen werden, von dieser Ablieferungsgelegenheit möglichst umfangreichen Gebrauch zu machen und sich baldigt Ersatzgegenstände zu beschaffen. Die für die letzte Hälfte des August geplante Sammelreise einer zweiten Annahmestelle wird um einen Monat verschoben. Es ist aber im Interesse der Geschäftserleichterung erwünscht, daß diese Sammelstelle nicht viel ungeschicktes Metall mehr vorfindet.

Keine Papiermünd- und -stücker. Das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps hat unter dem 8. August 1917 auf Grund des § 96 des Gesetzes über die Befestigungsanlagen vom 1. Juni 1881 eine Verordnung erlassen, nach der die Herstellung von Papiermünd- und -stücker und Papierstücker verboten ist. Von dem Verbot werden gewebte Papiermünd- und -stücker nicht betroffen. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Ueber Mutterschaft und Kindesentwicklung sprach Herr Dr. Uter am Sonnabend in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in der Gemeinnützigen Gesellschaft. Die weit überwiegende Mehrheit der Anwesenden waren Frauen und Mädchen. Der Gedankengang des Vortrages war folgender: Wir wollen unseren Kindern einen kräftigen Körper und einen gesunden Geist mitgeben, damit sie sich zu einem starken, selbständigen Mann werden. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Mutterschaft jedes einzelnen Volksgenossen erforderlich. Das Ernährungsamt hat dies eingesehen und gewandt werden. Es werden jährlich in Deutschland 6000 Frauen im Wochenbett, eine ungeheure Zahl, die vernachlässigt werden muß. Die Todesursache ist hauptsächlich Wochenbettfieber, Entzündung und eine Abnahme der allgemeinen Gesundheit.

## Tuberkulose und Kriegsernährung.

Von Theodor Thomas, Frankfurt a. M.

Vor einigen Wochen tagte in Berlin das Zentralkomitee für Lungenkranke. Ministerialrat Dr. Köhner machte dort die gewiß sehr traurige Mitteilung, daß die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht während des Krieges ständig zunimmt. In der Aussprache wurden eine Reihe Gründe dafür genannt, es ist aber einsehend keinem der Teilnehmer in den Sinn gekommen, den Zusammenhang zwischen Ernährung in der heutigen Zeit und den Lungenkrankheiten zu suchen. Wir haben aber gar kein Interesse daran, hier etwa die Augen zu schließen, je klarer wir da sehen, umso besser ist es für uns alle. Im Zusammenhang mit der Feststellung des Zentralkomitees kam noch die weitere Tatsache zur Sprache, daß die Berichte verschiedener Krankenkassen die Erscheinung hervorheben, daß ein ungünstiger Einfluß der Ernährung auf den Krankenstand nicht zu leugnen ist. Wir können uns über diese Wirkung der Kriegsernährung nicht wundern. Ist dies schon bedenklich, soweit die Gesamtbewertung in Frage kommt, so wachsen die traurigen Folgen in das Riesenhafte, wenn man sie auf dem engeren Gebiet der Lungenkrankheiten nachprüft. Die ersten Kriegsjahre konnten uns naturgemäß noch nicht ausreichend unterrichten, wie tief die ungenügende Ernährung ihre Krallen in den Volkskörper schlägt, da es eine Eigentümlichkeit gerade der Proletariatfront ist, langsam, dafür aber umso sicherer zu töten. Nun aber zwei volle Jahre der mageren Kriegsnahrung hinter uns liegen, ist es leider nur zu sehr Gewißheit geworden, daß für unsere Lungenkranken die jetzige Zeit recht schlimme Folgen haben wird. Und nicht nur für die Kranken, auch für die, die nur Anlage zur Erkrankung der Lunge dafür haben, ist die Wirkung gleich verhängnisvoll.

In den letzten Jahren vor dem Krieg waren wir glücklicherweise, für die Tuberkulose oder Lungenkrank Verdrängten in der gesteigerten Ernährung, Ruhe und reiner Luft die beste Heilbehandlung gefunden zu haben. Von allen Seiten wurden die Bestrebungen, die auf dieses Ziel hinarbeiteten mit dem Erfolg unterstüht, daß die früher als unheilbar geltende Krankheit mit guten Heilergebnissen bekämpft wurde. Tausende und aber Tausende sind gesund aus dem Heilstätten zurückgekommen, sind dem Erwerbseben zurückgegeben worden, andere Tausende wurden so gestärkt und gekräftigt, daß der Würgengel Tuberkulose keine Macht für sie verloren hat.

Was heute unseren Schwerm- und Schwerarbeitern besonders gegeben wird, das war vor dem Krieg (im vergessenen Umfang natürlich) die Medizin der Lungenärzte; daß sie damit auf dem rechten Wege waren, beweisen die Berichte der Versicherungsanstalten.

Der Krieg hat diesen Heilungsprozess leider völlig vernichtet, aber doch fast unmöglich gemacht. Es soll heute gar nicht darüber gesprochen werden, daß gleich zu Beginn des Krieges verschiedene Heilanstalten geschlossen wurden, jetzt sind ja zum Teil diese Häuser wieder ausgeplünder worden. Die Anstalten sind einfach nicht in der Lage, ihre Kranken gesund zu machen, da ihnen nicht weniger als alles dafür fehlt. Dabei ist die Zahl dieser, die Lungenkrank geworden sind, durch den Krieg außerordentlich gewachsen. Bei jeder vielen hat erst das kriegerische Handwerk die Krankheit zum Ausbruch gebracht. Zwar hat auch die Militärverwaltung gleich sehr großzügig für diese Kranken Heilstätten eingerichtet, sie vernachlässigt ihre Patienten auch unter ungleichmäßigsten Verhältnissen zu

einzelner Organe gegenüber den geforderten Leistungen. Welche große Arbeit der weibliche Körper während der Mutterschaft zu leisten hat, zeigt die Ausstellung. Wir müssen ihn kräftigen durch Hebung der allgemeinen Gesundheit und durch Vermeidung von Schädigungen. Allzu große Jugend der Frau, Entwicklungsstörungen, Reichlichkeit, schwache Muskulatur, unpassende Lebensweise, unnütze Kleidung und zu starke berufliche Inanspruchnahme sind erste Schädigungen. Die gesunde Mutterpflicht verlangt auch ein heiliges Gleichgewicht. Die Sorge um das tägliche Brot muß der jungen werdenden Mutter genommen werden; durch die Kriegshilfe ist auf diesem Gebiet ein Fortschritt gemacht worden. Verhaltensmaßregeln für die Mutterschaft sind normale gesunde Lebensweise, allgemeine Körperpflege, keine Entzündung ohne Heilung. Arbeit so die Frau an sich und beteiligt sich die Allgemeinheit durch Einbringen in die berührten Fragen, so kann ein Erfolg nicht ausbleiben. Die Entwicklung des Kindes ist abhängig von der Gesundheit der väterlichen und mütterlichen Keime, von der Ernährung, die sie aufeinander ausüben und von den Einflüssen, denen das befruchtete Ei im Schoße der Mutter ausgesetzt ist. Die Keime enthalten Anlagen, die zuweilen bei den Eltern selbst nicht zur Entwicklung gekommen sind, die man aber bei anderen Vorfahren findet. Außerdem wird die Beschaffenheit der Keime von den Gärten und Geweben des elterlichen Körpers beeinflusst; entkräftende chronische Krankheiten haben eine die Ernährung der Keime herabsetzende Wirkung. Die Ursache ist der Einfluß der elterlichen Fehler und Mängel auch weitergehend, das sieht man an den Kindern der Geschlechtskranken und der Alkoholiker. Anders ist es bei der Tuberkulose, dort erfolgt keine eigentliche Anpflanzung der Keime, sondern den Kindern wird nur eine besondere Veranlagung zu diesem Leiden mitgegeben, die eigentliche Infektion erfolgt erst im Säuglingsalter. Eltern, die nur auf krankhaft veranlagte Nachkommenchaft rechnen können, müßten von der Fortpflanzung ausgeschlossen sein. Das ist praktisch schwer durchführbar, auf gesünder Wege wegen der Beschränkung der Selbstbestimmung schwierig, es sollte vielmehr jeder einzelne durch Belehrung zur Einsicht gelangen. Die natürliche Zuchtwahl wäre das beste Mittel, um in kurzer Zeit viel zu erreichen. Wenn Mann und Frau sich beide ihrer Verantwortung bewußt sind, werden wir imstande sein, eine gesunde und fruchtbare Nachkommenchaft hervorzubringen.

**Ausstellung „Mutter und Säugling“.** Heute abend 8 1/2 Uhr spricht Herr Dr. med. Pauli im Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit über: „Die natürliche Ernährung des Säuglings und das Heben der Stillfähigkeit.“ Der Besuch der Versammlung ist unentgeltlich.

**Hotel Diebstahl.** Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Travemünde, welches in verschiedenen Travemünder Hotels u. a. zahlreiche Diebstähle, zum Teil recht wertvoller Sachen von Kurgästen verübt hatte. Das Mädchen begab sich zwecks Verübung der Diebstähle in die Hotels, ohne sonst etwas dort zu tun zu haben. Mit ihr wurde ein junger Burche aus Travemünde, mit dem sie ein Verhältnis hat und von dem sie zu den Diebstählen angestiftet sein will, festgenommen.

**Verhaftet wurde** der wegen zahlreicher Betrugsereien gesuchte, jahnelüchtige Musikant Karl Rose von hier. Er war wieder im Begriffe, sich mit einer hiesigen Firma zwecks Ankaufs von Zucker in Verbindung zu setzen. Jedenfalls hatte er wieder die Absicht, sich auf betrügerische Weise Geld zu beschaffen.

**Ungeheures Verbrechen.** Festgenommen wurde ein hier wohnungsloser Arbeiter, der einen mit der Jugendaufsicht in der Volksküche beauftragten Hilfspostenbeamten in der Ausübung seines Berufes behinderte und ihn bedrohte.

**Ein schwerer Junge.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Gohndorf, der in Oßendorf mehrere Einbruchdiebstähle verübt hat. Der Festgenommene ist wiederholt mit Zuchthaus vorbestraft und ist aus dem Zuchthaus in Quindorf entwichen.

**Als Leiche geborgen.** Im gestrigen Tage konnte der seit dem 5. ds. Mts. vermisste Schüler Adolf Grube als Leiche aus dem Kanal geborgen werden. Es dürfte ein Unglücksfall vorliegen.

**Hamburg.** Schleichhandel in Gastwirtschaften. Die großen Restaurants Lüssmanns Keller, Aue und Siechen haben geschlossen werden müssen wegen Ankaufs von Fleisch im Schleichhandel unter Umgehung der Höchstpreise und Abgabe davon an die Gasse ohne Marken. Da die vom Hamburgischen Kriegsverordnungsamt ausgesprochenen Warnungen und festgesetzten Vertragsstrafen ohne jeden Erfolg geblieben waren, mußte in dieser schmerzlichen Weise vorgegangen werden. Eine Reihe weiterer Wirtse ist ernstlich verwarnet worden mit dem Hinweis darauf, daß die sofortige Schließung ihrer Betriebe erfolgen werde, wenn in Zukunft noch weitere Verstöße gegen die Lebensmittel-Rationierungsvorschriften ortkommen sollten. Die Behörden werden für eine strenge Kontrolle sorgen und in Zukunft alle Verstöße auf diesem Gebiete unmissverständlich bestrafen.

**Hamburg.** Zum Mitglied des Beirats des Reichsmilitärs für die Übergangswirtschaft ist der Geschäftsführer der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Heinrich Lorenz vom Vertreter des Reichsanwalters ernannt worden. Lorenz ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei. — Die Schmecker erschossen. Die im Hause Kardammstraße 50 wohnende Familie Holzig wurde am Sonntag durch ein schweres Unglück heimgesucht. Als drei Frauen mit ihren beiden Kindern, einem achtjährigen Knaben und

einem sechsjährigen Mädchen, auf ihrem Gartenland am Treppstad war und arbeitete, nahm der Junge einen geladenen Revolver, den der Bruder der Frau dort aufbewahrte, an sich und spielte damit. Pflöchlich ging ein Schuß los und drang dem Mädchen in den Kopf. Der Tod trat sofort ein. — Ertrunken. Der Knabe Albert Hilgruber stürzte bei der Wagnerstraße-Brücke in den Kanal und ertrank. Die angestellten Rettungsvorkehrer waren erfolglos. Die Leiche des Kindes konnte nach nicht aufgefunden werden. — Bei den St. Pauli-Badungsbrüden kenterte ein Kahn, wobei der Jüngling Valentin Gröbe ins Wasser fiel und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden. — Wollene Decken im Werte von über 100000 Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei ist einem umfangreichen Diebstahl von wollenen Decken, die auf einem hiesigen Bahnhof in Waggons lagerten, auf die Spur gekommen. In verschiedenen Stadtteilen hat man Lager gestohlener Decken ermittelt und beschlagnahmt. Auch in Schwann in Mecklenburg hat man Decken, die von diesem Diebstahl herrühren, aufgefunden. Den Gefährten der gestohlenen Decken schätzt man auf 100000 Mark. Ein Teil der Decken ist zu Fädeln zerschnitten und in den Handel gebracht worden. Bisher hat die Kriminalpolizei sieben an dem Diebstahl beteiligte Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

**Neukadt i. S. Kartoffeln,** die verheimlicht wurden und verkauft wurden. Wieder einer! Einer, der aber zufällig auch aufgefaßt wurde. Wir lesen in der bürgerlichen Presse: „In dem Hofe des Wüdners B. in Brenz bei Neukadt war auf einer Stelle kein Hafer ausgelesen; statt dessen aber sah man dort ein drittes Kartoffelgestrüpp. Bei weiterer Nachforschung seitens der Gendarmerie wurde eine ganze Grube voll alter Kartoffeln aufgefunden, im ganzen etwa 15 Zentner, 5 Zentner hiervon waren bereits vollständig verkauft und verbrochen und die übrigen hatten nur noch sehr geringen Wert.“ 3700 12 Millionen Tonnen Kartoffeln sind in Deutschland „verschunden“. Zerbricht sich noch jemand den Kopf darüber, wo sie geblieben sind?

### Gewerkschaftsbewegung.

**General Gröner gegen Mindestlöhne.** Wie die gesamte Textilarbeiter-Schicht Deutschlands, so streben auch die Entgeltgewerber und ihre Hilfsarbeiter nach Festlegung von Mindestlöhnen. Eine dreijährige Zeit der Sorge und der Not lehrte sie erkennen, daß nur eine vereinbarte garantierte Mindestlohnsumme für einermessen vor dem Hunger zu schützen vermag. Die Rentabilität der Textilbetriebe im Kriege gestützt die Festlegung. In Bayern sind für die gesamte Papierwarenverarbeitung mit Hilfe des Kriegsministeriums bereits solche Mindestlöhne festgesetzt und für Sachsen gelten entsprechende Vereinbarungen bereits für große Bezirke. In Reichsbach i. Schl. fanden dieser Tage Einigungsverhandlungen statt, an welchen die Vertreter des Arbeitgeberverbandes und Arbeiterorganisationen teilnahmen. Dabei wies der Reichsstaatsanwalter Fiedel u. a. auch auf die wohlwollende Stellung verschiedener Militärbehörden zu den Arbeiterbestrebungen hin. Als Antwort hierauf stellte der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Textilindustrieller, Herr Fabricant Fleischer, aus einer Mitteilung der Kriegsamtstelle Breslau fest, daß die Kriegsamter des ganzen Reiches auf einer Konferenz in Berlin von der unter General Grönners Leitung stehenden Zentrale die Weisung erhalten haben, künftig Mindestlöhne nicht mehr zuzulassen. Vom Generaler Trüsch wurde weiter erklärt, daß ein Schreiben mit entsprechender Weisung auch an den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle Dönnitz ergangen und von diesem gelegentlich einer Verhandlung in den letzten Tagen verlesen worden sei. Es ist bezeichnend, daß diese Maßregeln ergriffen wurden, ohne vorher mit der Arbeiterorganisation Rücksprache zu nehmen. Jedenfalls sind die Jänner leidenden und darbenenden Textilarbeiter durch diese Stellungnahme des General Grönner in ihrem Streben um Besserung ihres Lohnverhältnisses außerordentlich behindert.

**Der Zimmererverband nach drei Jahren Kestkrieg.** Mit der längeren Dauer des Krieges treten seine Wirkungen auch auf die Gewerkschaften mehr hervor; besonders im Mitgliederbestand. Durchweg alle Verbände sind numerisch geschrumpft. Viele sind auch finanziell stark angegriffen. Verringerten Einnahmen haben erhöhte Ausgaben gegenüber gestanden für Aufwendungen, die durch den Krieg notwendig geworden. Auch der Zimmererverband hat infolge des Krieges eine starke Einbuße an Mitgliedern erlitten. Sein Vermögen hat sich jedoch während der drei Kriegsjahre noch etwas erhöht: 619 Zahlstellen und 62673 Mitglieder hatte der Zimmererverband vor dem Kriege. Nach dreijähriger Kriegsdauer zählte er nach den Angaben des ersten Quartals 1917 (die Zahlen für das zweite Quartal liegen noch nicht vor) 619 Zahlstellen und 18030 Mitglieder. Der Krieg kostete somit dem Verband bis dahin 200 Zahlstellen und 44643 Mitglieder. Der Mitgliederertrag, der sich auf 71,23 Prozent stellt, ist bis auf einen geringen Rest auf Einbringungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Vor den Bundesstaaten weist den härtesten Rückgang auf Kauf a. L. mit 96,94 Prozent; den geringsten Anhalt mit 53,93 Prozent. Von den preussischen Provinzen ist Westfalen am stärksten mangelnd; es hat einen Mitgliederertrag von 90,38 Prozent. Am günstigsten steht die Provinz Sachsen mit 56,68 Prozent. Uebrigens ist schon im ersten Quartal 1917 eine Mitgliederzunahme eingetreten, die sich im zweiten Quartal fortsetzt. Ein noch weiterer Mitgliederertrag ist danach kaum zu befürchten. Das Vermögen des Verbandes hat sich seit Kriegsbeginn bis Ende des ersten Quartals 1917 um 233989 Mark erhöht, und zwar von 483494 auf 5068934 Mark. Dabei hat der Verband

allein an Unterstützungen für die Familien der eingezogenen Mitglieder rund 1400000 Mark ausgegeben und 11 Arbeitslosenunterstützung 344289 Mark. Daß die für die Arbeitslosenunterstützung ausgegebene Summe nicht größer ist, verdankt der Verband der seit 1915 anhaltend günstigen Lage des Arbeitsmarktes. Bis in die jüngste Zeit hinein war die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker als das Angebot. Die gute Versorgung des Verbandes sowie der Umstand, daß der Mitgliederertrag fast ausschließlich auf Einbringungen zum Heeresdienst zurückzuführen ist, berechtigt zu der Hoffnung, daß sich der Verband nach Kriegsende schluß von den Schlägen des Krieges sehr bald wieder erholen wird. Dazu gehört allerdings eine lebhafte Tätigkeit in den Zahlstellen. Die Mitglieder haben alle Ursache, besonders in Hinblick auf die Zukunftsaufgaben des Verbandes, sich reger an den Veranstaltungen der Organisation zu beteiligen, damit die aus dem Felde Heimkehrenden ihren Verband bereit finden zu entschlossenem, tatkräftigen Handeln für eine bessere Lebenshaltung seiner Mitglieder.

### Kommunales.

**Fürsorge für Jungverheiratete.** Die Stadt Straßburg deren kriegswirtschaftliche Einrichtungen als maßgebend im ganzen Reich gelten, hat neuerdings ein Beispiel der Fürsorge für Jungverheiratete gegeben, das gleichfalls Nachahmung verdient, nicht nur der sachlichen Bedeutung wegen, die ihm zukommt, sondern mindestens ebenso des ethischen Gedankens wegen, den es enthält. Die altbildliche Vorschrift, wonach derjenige, der kurz vor Ausbruch eines Krieges geheiratet hatte, frei von der Heiratsteuer sein, nichts ihm auferlegt werden und er frei in seinem Hause sein sollte ein Jahr lang, daß er trotz sei mit seinem Weib, das er genommen hat, wird in Straßburg in angemessener Uebertragung auf die Kriegszeit in neuer Form auf den jungen Hausstand angewandt. Zwar ist der Krieg in unserer Zeit mit seinem Massenangebot von Menschen jeden waffenfähigen Alters kein Anlaß, junge Ehemänner vom Heeresdienst zu befreien. Die große Zahl der Kriegstraumungen zeigt im Gegenteil, wie zwar die Ehe nicht vor der Teilnahme an den Gefahren des Krieges schützt, wie umgekehrt aber die Pflicht zur Teilnahme an der Verteidigung des Vaterlandes die „Gefahr“ der Eheheiligung plötzlich bringt; hier wie dort ist es aber der Gedanke des Säugens der jungen Gemeinschaft zweier Menschen, der zu besonderer Berücksichtigung ihrer Existenzbedingungen geführt hat. Die Schwierigkeit ausreichender Lebensmittelversorgung, die nach drei Kriegsjahren der übergroßen Mehrzahl unserer Familien nicht mehr fremd ist, trifft in zahlreichen Fällen mit am härtesten die jungen Haushalte, weil sie in der Regel über irgendwelche nennenswerte Vorräte nicht verfügen werden. Es ist ein feiner Zug der Straßburger Stadtverwaltung, daß sie diesen jungen Haushalten auf die Dauer von sechs Wochen die doppelte Menge aller der städtischen Verteilung unterstehenden Lebensmittel gewährt und so gerade in der ersten Zeit ihrer jungen Weibung von den niedrigen der niederen Erden sorgen zu entlasten strebt. Möge das Beispiel der Stadt Straßburg recht viel Nachahmung finden!

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 13. August.** (Amtlich.) Durch eines unserer U-Boote wurden neuerdings in der Biscaya und im Atlantischen Ozean 29000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein schwer bewaffneter großer Dampfer, allem Anschein nach der „Wilson-Binie“, ferner ein Dampfer von annähernd 10000 Tonnen sowie ein unbekannter Frachtdampfer mit Munition, beide mit östlichem Kurs. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Berlin, 14. August.** Aus Genf wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet: Mit einer bisher nicht erreichten Mehrheit von 8897 gegen 4 Stimmen lehnte sich der sozialistische Seine-Verband gegen die Absicht der Regierung auf, die Pässe nach Stockholm zu verweigern. Durch diese scharfe Haltung der Sozialisten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit steht sich Ribot bei der Umbildung seines Ministeriums aufs härteste gehemmt. Die Möglichkeit einer Demission Ribots vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments würde die Krise kaum zu beschwören vermögen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Läden und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Samstags in Läden.

### Gelesene Nummern des „Volksboten“

Bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

### Warnung!

Es ist in letzter Zeit häufiger vorgekommen, daß Geschäfteleute Lebensmittel oder sonstige Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu hohen Preisen verkauft haben, unter dem Vorwand, daß es sich um Auslandsware handle, die zu entsprechend hohem Preise eingekauft worden sei. In den meisten Fällen waren die Geschäfteleute nicht in der Lage, die Waren, von der sie die Ware bezogen hatten, nachzuweisen. Da in vielen Fällen der Verdacht begründet ist, daß es sich um inländische Ware handelt, die im Wege des Schleichhandels der allgemeinen Rationierung entzogen worden ist, wurde das Polizeiamt hiermit die Geschäfteleute vor dem Ankauf bezerrigter Waren. Die Geschäfteleute sind verpflichtet, auf Erfordern über die Herkunft der Waren Auskunft zu geben, und in allen den Fällen, in denen sie hierzu nicht imstande sind, insbesondere wenn sie die Herkunft des Verkäufers nicht so einwandfrei nachweisen können, daß nach der Herkunft der Waren weiter geforscht werden kann, wird das Polizeiamt künftig unmissverständlich auf Grund der Bundesstaatsverordnung über die Herstellung ungewisser Personen vom Handel die Schließung der betreffenden Geschäfte anordnen.

Läden, den 13. August 1917. (2194)

### Das Polizeiamt.

**Gesucht eine Waisin.** (2199) P. Köster, Johannstraße 41.

**Gesucht Schuttmädchen** zur Hilfe bei kleineren häuslichen Arbeiten. (2197) bei der Schützenstr.

**Ein Guck mit 10 Löken** und ein gg. Tisch zu verkaufen. (2198) Schützenstr. 32.

**Heines Werke**  
3 Bände 5.— Mk.  
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.  
Johannisstr. 46.

**Der neueste Kriegs-Atlas**  
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges. = Preis 1.— Mk.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

**Ausgekämmtes Frauenhaar**  
pr. Pfd. 6 Mk.  
**Lissauer,** (2196)  
Kleiner Schranzen 8.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr: (2193)  
**Johannisthauer.**

**Stadthallen-Sommertheater**  
Dienstag, den 14. August 1917:  
Abschiedsvorstellung für Paul Wiegner:  
Gastspiel von Arno Haß vom Hoftheater Schwerin:  
**Heimat.**

Schauspiel v. H. Sudermann.  
Mittwoch, den 15. Aug. 1917:  
**Die Fahrt ins Glück.**  
Donnerstag, 16. Aug. 1917:  
**Filmzauber.**  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**Drucksachen aller Art** fertigt an  
**Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.**

## Frieden in Sicht?

B. W. Nörregaard schreibt im „Morgenblatt“ (Christiania) vom 3. August in einem Artikel, der inzwischen in der norwegischen Presse eine Polemik verursacht hat: Es spricht bis jetzt zwar nur das Gefühl dafür, daß wir noch vor dem Winter Frieden bekommen. Aber auch manche kleine Andeutungen, welche jede für sich bedeutungslos sind, verstärken das Gefühl. Zunächst müssen wir hervorheben, daß die Mittelmächte Frieden wünschen auf der Grundlage: keine Annexionen, keine Abtretungen, sowie die Bedingungen auch von der provisorischen Regierung in Rußland formuliert und von der kleinen Gruppe Ramsay MacDonald im britischen Unterhause angenommen sind. Von solchem Frieden wollen die anderen Verbandsregierungen nichts hören. Sie fordern Abtretungen an Land, sie fordern Ersatz für vernichtete Werte und verlangen Garantien für die Wiedererrichtung Belgiens und Serbiens. Es sind also beide Parteien im Prinzip einig. Aber außerdem verlangt Frankreich, unterstützt von England, die Rückgabe von Elsaß-Lothringen und die Abtretung alles linksrheinischen Landes, entweder um es Frankreich einzuverleiben, oder um es zu einem selbständigen Pufferstaat zu machen. England verlangt keine Landabtretungen in Europa, aber es will ohne Zweifel den größten Teil der in Afrika eroberten deutschen Kolonien erhalten, wie Japan auf den Besitz Tsingtau und Kiautschau und der deutschen Südpazifikkolonien besteht wird. England, vielleicht auch Rußland, wird Armeniens Trennung von der Türkei und wahrscheinlich auch Mesopotamien verlangen. Italien wünscht neben einer Grenzregulierung im Trentino Istrien mit Triest und wahrscheinlich auch Dalmatien, dazu noch ein unabhängiges, das heißt unter Italiens Protektorat stehendes Albanien. Auf keinen dieser Wünsche wollen die Mittelmächte eingehen. Um diese Bedingungen durchzusetzen, müssen die Verbandsmächte sie also erkämpfen. Damit kommen wir auf den ersten Punkt, der für unsere Auffassung spricht. Die Mittelmächte, und besonders die Deutschen, haben sich in diesem Sommer zu einer Machtäußerung hingewandt und im Besitz von Kraftreserven gezeigt, mit welchen die Verbandsmächte kaum gerechnet hatten. Sie haben die gewaltigen Angriffe an der West- und italienischen Front überstanden, ohne daß die strategische Lage verändert ist. Und bevor die Engländer durch Ihre Angriffe bei Ypern etwas erreichten, und sei es auch nur die Bedrohung Lilles und Ostendes, wird unendliche Zeit vergehen, da sie im Vorjahre an der Somme vier Monate brachten, um zehn Kilometer zurückzulegen. Und dahinter bietet Belgien dem Verteidiger die besten Möglichkeiten. Man muß im ganzen mit mehreren Jahren rechnen, vielleicht einem Jahrzehnt, bevor es gelingen mag, die Deutschen aus Frankreich und Belgien zu vertreiben. Um schneller zum Ziele zu kommen, muß entweder Deutschland mit anderen als rein militärischen Mitteln zum Zusammenbruch gebracht werden, durch Aushungerung, durch die Blockade, oder die Verbandsmächte müssen bedeutend stärkere militärische Kräfte ins Feld stellen. Ein Erfolg der Blockade aber ist nur möglich, wenn die Natur den Verbandsmächten durch eine schlechte deutsche Ernte zu Hilfe kommt. Für dieses Jahr ist keine Aussicht, Deutschland durch Hunger zum Frieden zu bewegen, und andererseits wird der U-Boot-Krieg für den Verband immer ungewisser — um nicht stärkere Ausdrücke zu gebrauchen. Es bleibt also nur die andere Alternative für die Verbandsmächte, nämlich, ihre militärischen Machtmittel zu erhöhen, wofür allein Amerika und nicht die europäischen Länder in Betracht kommen. Es wird aber eine schwierige Sache sein, eine Million Mann und ihre Bedürfnisse nach Frankreich zu transportieren.

Aber auch, wenn dies geschehen kann, ist die Niederlage der Mittelmächte noch nicht gegeben. Wir wissen, wie es mit den 6—800 000 Italienern und den 600 000 Russen ging. Da die Amerikaner offenbar bessere Soldaten sein werden, wollen wir es nicht als unmöglich hinstellen, daß die deutsche Front hier in Frankreich durchbrochen und der Krieg

gewonnen werden kann, obwohl das keineswegs eine sichere Sache ist. Und sodann: werden die Russen noch ein Jahr aushalten, so wie sich die Verhältnisse im Lande entwickeln? Und um der Ziele willen, welche der eigenen russischen Friedensformel entgegengekehrt sind? Werden sie es können, selbst wenn sie es wollen? Trotz aller Drohungen, den wirtschaftlichen Ruin Rußlands herbeizuführen und die Japaner aufzuziehen, ihnen in den Rücken zu fallen, muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß die Russen es absehen werden. Damit würde die Möglichkeit der Verbandsmächte, den Krieg zu gewinnen, gleich Null sein. Rumänien und Italien würden sich Rußland anschließen. Eine Million Amerikaner können vier Millionen Russen, die im Rücken der Hauptfront angreifen, nicht ersetzen. Es sei denn, daß neue, entscheidende Erfindungen gemacht werden.

Diese rein militärischen Betrachtungen müssen sich jedem aufdrängen, der die Frage ernstlich bedenkt. Sie müssen, wie ich glaube, die Völker zum Friedenswillen treiben, weil die Lage so unsicher und schwankend ist, weil die Nationen selbst im besten Falle sehr lange warten müssen, bevor sie die Mittelmächte gebrochen haben.

Az breitet sich in allen Ländern der Ueberdruß am Kriege stark aus. Auch in England selbst, wenn man auch außerhalb des Landes nicht viel davon gehört hat. Der ganze untere Bürgerstand, die zahlreiche „Shopkeeper“-Klasse wünscht den Frieden, aber sie haben sich in den Krieg gefunden, weil sie glauben, für eine große und gerechte Sache zu kämpfen und nur die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich erwarten. Jetzt hören sie plötzlich aus den Reden Bismarcks und Ribots, Carjens und Bonar Lawes und Balfours verblühten Aeußerungen, daß es sich um ganz andere Dinge handelt. Wie werden sich Ramsay MacDonald und Henderson dazu stellen? Was werden die Russen sagen? Werden die englischen Arbeiter für solche imperialistischen Ziele kämpfen wollen? Wenn die Sozialisten den Willen haben, so haben sie die Macht, den Krieg zu beenden. Die Regierungen der Mittelmächte und der Russen haben bindende Zusagen gegeben, das kann man von den Regierungen der Verbandsmächte nicht behaupten. Ist es ganz unwahrscheinlich, daß sie vor Stockholmer Kongreß abtreten werden mit dem Entschluß, entweder ihre Regierung müsse sämtliche imperialistischen Ziele, die ja nach der Theorie der Sozialisten dem Kapitalismus dienen und nützen, aufgeben, oder aber sie würden gegen den Krieg kämpfen mit allen Mitteln und Kräften, die ihnen zur Verfügung stehen? Noch einen Kriegswinter, noch ein Jahr, vielleicht noch viele Jahre Fortsetzung dieses fortgeleiteten furchterlichen Blutbades Europas, das im Begriff ist, sich gänzlich zu verbluten, nur — für den Imperialismus? Ich zweifle daran, daß die Völker das mitmachen werden. Tatsächlich haben die Bevölkerungen in gewisser Hinsicht schon jetzt die Hand im Spiel. Die Regierungen haben es auf die Dauer doch nicht klug gefunden, das Paß- und Reiseverbot für die Arbeiterbelegierten zum Kongreß aufrechtzuerhalten. Wir werden sehen, was dort geschehen und abgemacht wird, und wir für unseren Teil finden, daß von den Kampfplätzen sich hinter den dämpfenden Schichtfeldern Flanderns und Gallziens das Bild des Friedens, wenn auch noch fern und verschwommen, erhebt.

## Die englische Arbeiterpartei über die Kriegsziele.

In dem bereits im Auszug wiedergegebenen Memorandum des Ausschusses der Labour Party, das der Parteikonferenz zur Annahme vorgelegt wird, heißt es an den entscheidenden Stellen:

Die Konferenz kann ihre Augen nicht mehr schließen vor dem Streit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften und vor der Politik kolonialer Gewinnsucht, sowie vor dem aggressiven Imperialismus, gegen den der internationale Sozialismus niemals aufgehört hat zu streiten, und an dem die Regierungen ihren Teil der Verantwortung tragen. Der Einfall in Belgien und

Frankreich durch das deutsche Heer bedroht das Bestehen der unabhängigen Nationalitäten und verfehlt dem Glauben an Verträge einen schweren Schlag. Unter diesen Umständen würde ein Sieg des deutschen Imperialismus die Niederlage und die Vernichtung der Demokratie und der Freiheit von Europa sein. Die Sozialisten Englands, Frankreichs und Rußlands erstreben die politische und ökonomische Vereinigung Deutschlands nicht. Sie sind nicht im Kriege mit den Völkern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sondern nur mit den Regierungen dieser Länder, die diese unterdrücken. Sie verlangen, daß Belgien befreit und entschädigt wird. Sie wünschen, daß die polnische Frage nach der Wüchsen des polnischen Volkes gelöst werde, sei es im Sinne einer Autonomie inmitten eines anderen Staates, sei es im Sinne einer vollkommenen Unabhängigkeit. Sie wünschen, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis auf den Balkan, die Völker, die mit Gewalt annektiert wurden, frei über sich selbst beschließen können. Gleichzeitig sind sie fest entschlossen, jedem Versuch zu widerstehen, diesen Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln, der nur neue Konflikte vorbereiten, neue Streitfragen schaffen würde und die verschiedenen Völker mehr als je der doppelten Last von Kriegsrüchungen und Kriegeliasen stellen würde. Sie erklären, daß sie den Grundgedanken der internationalen Sozialdemokratie ableiten und sprechen die Hoffnung aus, daß die arbeitenden Klassen aller Länder sich binnen kurzem wieder vereinigen werden, damit sie den Kampf gegen Militarismus, Kapitalismus und Imperialismus wieder aufnehmen können. Ein Sieg der Alliierten muß ein Sieg sein für Freiheit, Einheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit, der die Nationen in einem friedlichen Bund der vereinigten Staaten von Europa und der Welt zusammenschließt. Die Konferenz jubelt der russischen Formel „keine Annexionen und keine Entschädigung“ zu und betrachtet die vollkommene Demokratisierung aller Länder, inbegriffen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, als das beste Mittel, einen zukünftigen Krieg zu verhindern. Deutschland und Oesterreich-Ungarn können nicht erlangen, sich auf eine Linie zu stellen mit den anderen zivilisierten Nationen. Die Konferenz hält es vor allem für notwendig, einen Bund der Nationen zu bilden, wozu nicht allein die gegenwärtigen Kriegführenden, sondern alle anderen souveränen unabhängigen Staaten veranlaßt werden sollen, beizutreten. Die Konferenz erklärt, daß die hauptsächlichsten Friedensbedingungen folgende sein müßten:

Die Wiederherstellung des Unrechts, das Belgien getan wurde durch die deutsche Regierung, was sie auch selbst erkannt hat. Belgien muß seine vollkommene unabhängige Souveränität erhalten, das belgische Volk soll selbst die Entscheidung über eine eigene zukünftige Politik in jeder Hinsicht treffen dürfen. Die Konferenz besteht auf der Rückgabe des Gebietes von Serbien und Montenegro an seine Völker und schlägt vor, daß das Problem einer Reorganisation der Regierung des Balkans durch eine besondere Konferenz von Vertretern der Balkanvölker oder durch eine internationale Kommission auf der Grundlage gelöst werden soll, daß alle Völker der Balkanstaaten sich zu einem Bunde zusammenschließen. Die Konferenz erklärt aufs neue, daß sie die Mittelstet beurteilt, wodurch Elsaß-Lothringen mit Gewalt von Frankreich abgerissen wurde, das ein politischer Fehler war, dessen Folgen nicht im geringen Maße zur Fortdauer von Unruhen und dem Anwachsen des Militarismus in Europa beigetragen haben. Die Konferenz äußert ihre Sympathie mit der unglücklichen Bevölkerung von Elsaß-Lothringen, die so sehr unterdrückt ist, und ersucht, daß man ihr unbändiges Verlangen zur Rückkehr zur französischen Republik erfüllen solle. Die Konferenz sympathisiert auch warm mit den Völkern der italienischen Fregedenia und erkennt die Notwendigkeit an, die rechtmäßigen Interessen Italiens im Adriatischen und Ägäischen Meere zu sichern. Die Konferenz verlangt gleiche Rechte für die Juden aller Länder und hofft, daß eine internationale Regelung möglich sein wird, wobei Palästina von der Unterdrückung durch die Türkei befreit und ein freier jüdischer Staat werden wird. Die Konferenz erklärt, daß Armenien, Mesopotamien und Arabien nicht mehr unter das türkische Joch zurückkehren sollen. Diese Gebiete sollen auf gleiche Weise behandelt werden dürfen, wie die Kolonien im tropischen Afrika und durch eine Kommission unter Aufsicht des internationalen Bundes regiert werden. Der Weltfrieden verlangt, daß Konstantinopel zu einem neutralen freien Hafen gemacht wird. Die Konferenz schlägt vor, alle gegenwärtigen Kolonien Europas im tropischen Afrika, Liberia einbegriffen, dem Bunde der Nationen einzufügen und als einen eigenen unabhängigen Staat durch eine neutrale Kommission regieren zu lassen.

Der vermutlich über die ganze Welt verbreitete Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen nach dem Kriege muß erleichtert werden durch Regelung des Austausches überflüssiger Waren. Die Konferenz verlangt, daß die verschiedenen Regierungen Maßnahmen treffen werden, um nach dem Krieg die Arbeitslosigkeit

## Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

24. Fortsetzung.

Der alte Herr hob seinen Kopf auf und lächelte ungläubig. Ich habe allerdings die Absicht, wenn ich weiß, daß meine Sammlung in gute Hände kommt, allein Sie, mein lieber Freund — Es ist unerleidi! fiel Herr Murhard ein, ich zahle das Geld, hier liegt's in meiner Brieftasche in guten Bescheln, die ich selbst nehmen will. Aber verschweigen will ich's nicht, mein Geld ist es nicht, denn solch ein Narr bin ich nicht.

Wer ist also der Narr oder der Käufer? fragte der Graf. Das bleibt vor der Hand ein Geheimnis, erwiderte der Major, bis wir den Kauf abgeschlossen haben.

Der alte Herr blinnte ihn mißtrauisch an. Herr Murhard, sagte er, ich hoffe nicht von Ihnen, daß Sie einen Auftrag übernommen haben, der etwa mit Menschen und Verhältnissen zusammenhängt, von denen ich nie wieder hören will.

Was meinen Sie? lachte der Major. Meinen Sie etwa, auf dem Lobelhof müßten Frankfurter, oder das Brenell könnte sie aus Butter pressen?

Das bleibe eingefallene Gesicht des Grafen rötete sich. Er winkte dem Major Schweigen zu, aber dieser ließ sich so leicht nicht abweisen. Da oben gibt's jetzt anders, Bilder, so recht aus dem Menschenleben heraus, mit Händen und Beinen und hellem Gesicht, fuhr er fort.

Babette unterbrach ihn jetzt. Der Herr Graf will zunächst wissen, wer die Sammlung kaufen will, um sich darüber zu bestimmen. Alles andere gehörte nicht hierher.

Ich sollte meinen, der Herr Graf, schlug sie gern los, wenn einer kommt, der nicht handeln und bieten will, verjeste der Major. Geld ist eine schöne Sache unter allen Umständen, es gibt oder Umstände, wo man es nimmt, und kam's auch von Türken und Horden. Was sollen die alten Stücke da hängen? Was die Werte im Lobelhof können sie nicht brauchen?

Es wurde mir zu fabelhaft, sagte der alte Herr. Brechen wir davon ab, Herr Murhard. Ein andermal, wenn es Ihnen gefällig ist.

Sie wollen das Geld nicht nehmen? rief der Major. Der Herr Graf will wissen, wer es gibt, sagt Babette.

So denn, meinnetwegen, der Herr Graf ist ein geschickter Herr! Hier ist ein Brief, den ich ihm übergeben sollte, sobald der Lobelhof seine Richtigkeit gehabt. Seht zu, was darin steht.

Er ist an mich gerichtet, murmelte der alte Herr. Welche Handlung ist das? Lesen Sie ihn, liebe Babette.

Während Babette nach dem Siegel und las: Mein teurer Herr Graf! Ihre alte und treue Sammlung hat

nicht in fremde und unwürdige Hände kommen. Ich bitte Sie daher, dieselbe mir und meinem Gemahl zu überlassen, der sie zu schätzen weiß. Herr Murhard ist beauftragt, den Kaufpreis zu zahlen. Seit einer Woche bin ich mit dem Legationsrat von Springfeld vermahnt. Wir verweisen auf der Reise nach Italien nur wenige Stunden in Zürich; sobald wir zurückkehren, eilen wir nach Mariahall in Ihre Arme. Glücklicherweise, wenn diese sich freudig für uns öffnen, wenn wir den verehrten Freund verjähnt und glücklich finden. Vergeben Sie Rudolf! Der Sohn darf dem Vater nicht fehlen, der weise, gütige Vater darf der menschlichen Schwäche des Sohnes nicht immer zürnen. Vergeben Sie auch mir, vergeben Sie uns allen. Seit einem Jahre leidet auch Ihr Herz. Heilen Sie die Wunden. Segnen über Sie!

Verheiratet ist sie mit ihm! schrieb der Major. Ich hab's nicht gemerkt, lustig mag es ihr nicht vorkommen. Abgereist sind sie beide, doch das Geld ist hier, und der Brief da muß bis in eine heimliche Seele dringen. Niemand kann's leugnen, daß es im Lobelhof wacker hergeht, und nicht umsonst hat die Gemeinde den Mann darin zum Großrat gewählt. Wie soll das Geld gezahlt werden, Herr Graf?

Ein Jahr ist vergangen, jagte der alte Herr mit einem Lächeln, das in den Falten um seinen Mund stehen blieb, als er schwieg. Plötzlich stand er auf, blinnte den Major an und sprach mit lauter Stimme: Nein!

Nein? fragte dieser, was soll es bedeuten, Herr Graf? Wollen Sie das Geld nicht haben?

Ich will meine Sammlung nicht verkaufen, Herr Murhard. Sie wollen nicht? Es ist keine Vermeidung darin. Wollen Sie dem Sohn nicht vergeben, auch jetzt nicht, wo ein schuldloses Wesen da ist — wo Gott vom Himmel steigen könnte und vermöchte nichts mehr zu ändern, so ist es Ihre Sache, aber das Geld nicht nehmen wollen — das Geld nicht nehmen wollen, das ist himmelschreiende Sünde!

Der alte Herr erwiderte nichts, er ging, auf Babette gestützt, dem Hause zu, und der Major schüttelte zornig sein Kleid, schlug sich den Ant auf den Kopf und wollte eben einen grimmigen Schwur ausstossen, mit dieser Unvernunft niemals wieder zusammenzutreffen, als Fräulein Babette zurückblinnte, ihm zunickte und mit einem Zeichen ihn befristete. Er hatte einen so bittenden, klägliches Bild noch nie an ihr gesehen, und dabei deutete sie mit dem Finger nieder, er sollte bleiben, was er nicht misverstehen konnte. Er legte sich daher auf seinen Platz, legte eine neue Zigarre an und wartete, bis die Schatten immer länger wurden und endlich aus dem Abendhimmel die Sterne hervorstrichen. Ein totes Leuchten lag auf dem Gelbgrün und der Mond kam darüber her, doch immer noch kam das Bäckel nicht.

Alle Wertstunden sagte der Major an seinen roten Bart und wackelte, wollte davon laufen, sprang auf und fand doch

wieder still und setzte sich nieder, denn er konnte nicht fort, es hielt ihn fest, das Bäckel hatte gar zu flehentlich gewinkt. Es muß doch zuletzt kommen, sagte er, es geht nicht anders, und ich will's hören, sei es, wann es sei. Denn ich meine es noch zur Stunde gut mit ihm, das will ich ihm bewahren.

So sag er denn ausharrend, bis er endlich Schritte hörte, und sie war es wirklich. Dank Ihnen, mein lieber Freund, daß Sie mich erwartet haben, sagte sie, ihm die Hand drückend, daß er es fühlte.

Es ist ein Kern in allem, was Bäckel tut, antwortete er, darum halt ich aus.

Ich muß es wohl, Sie würden mich nicht verlassen, antwortete sie.

Niemals, Bäckel. Wollen Sie endlich fort aus dem fallenden Hause, wo nichts geachtet wird, nicht einmal das Geld?

Ja, ich will fort. Gleich auf der Stelle.

Heut noch? fragte er erlauth. In der Nacht? Wohin?

Auf den Lobelhof. Hilfe ist jetzt allein bei Brenell.

Bei Brenell? schrieb er, an seinen Kopf fassend. Ist's nicht mehr richtig hier oben?

Hell und klar, sagte sie in ihrem festen Tone. Sorgen Sie nicht, mein lieber Freund, das Bäckel weiß, was es tut. Das Geld in Ihrer Tasche wird nicht verachtet werden.

In Gottes Namen, denn vorwärts! rief der Major. Geh's, wohin es gehen mag, ich will dabei sein.

Nach einiger Zeit lag das Haus wieder in seiner lautlosen Hülle von Nacht und Mondschein, die sich weich und düstert um Grabel und Mauern und um die alten Bäume schloßte, welche, träumerisch darüber hingeneigt, in silbernen Decken schliefen. In den öden Zimmern von Mariahall war niemand, der sich daran erfreut und hinausgeschaut hätte auf diesen nächtlichen Glanz und auf den See im Tale, der so wunderbar prächtig herausstrahlte. Nur hinter einem Fenster schimmerte Licht durch die geschlossenen Läden, und drinnen lag der alte Herr, seine schmerzenden Füße mit Rißen bedeckt, und gegen den Schmerz in seiner Brust und gegen die wühlende Pein in seinem Kopfe seine Hände bald da, bald dort hin und her. Sein Atem war kurz und schwer, seine Augen hingen trübe an dem trüben Flämmchen des Lichtes und wanderten unruhig umher irrend durch das Zimmer bis in die fernste, dunkelste Ecke. Zuweilen hob er den greisen, schmerzenden Kopf auf, und die alte Würdigkeit dümmerte darin; ein mattes, aber stolzes Lächeln lag über sein Gesicht. Die schmalen durchsichtigen Hände rangen sich zusammen, als wollte er sie wärmen, aber sie fielen wieder nieder und seine Rippen zuckten gichtisch, die hohe Stirn zog sich zusammen, der gebrochene Körper wand sich, als trüben Skorpionen daran herauf bis an sein Herz, und sein Gemurmel wurde zum Seufzer.

durch Ausföhrung öffentlicher Arbeiten zu vermindern. Wie bereits gemeldet, werden alle Mäße des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege beurteilt und empfohlen, in den Friedensbedingungen festzusetzen, daß ein Gerichtshof für Schuld und Klagen errichtet wird, um Untersuchungen einzuleiten und Strafen aufzuerlegen für Taten der Grausamkeit und Unterdrückung, die durch bestimmte Regierungen, namentlich in Verbindung mit dem unmenslichen und mitleidslosen U-Boots-Krieg ausgeführt werden. Die Konferenz dringt auf Wiederherstellung der sozialistischen Internationale als der besten Garantie für den Frieden und beruft sich auf die sozialistischen Arbeiterparteien in den kriegführenden Ländern, um darauf zu dringen, daß sobald wie möglich ein Gedenkaustausch erfolgt, damit ein Uebereinkommen zwischen den kriegführenden Regierungen vorbereitet wird durch eine freie und offene Ueberlegung der gegenseitigen Ansprüche und Wünsche.

Ohne auf Einzelheiten dieses Memorandums einzugehen, möchten wir nur auf die geradezu einseitige Stellungnahme der englischen Arbeiterparteier hinweisen. „Befreit“ soll alles das werden, was als angeblich Unterdrückung der Mittelmächtigen angesehen ist. In eine Befreiung der von der Entente und insbesondere von England im Laufe der Jahre gewaltsam unterdrückten Länder denken die englischen Arbeiterparteier nicht. Das gibt neben so manchem anderen dem Memorandum einen eigenartigen Beigeschmack. Doch wir legen — wie schon am Sonnabend betont — nicht hierauf das Hauptgewicht, sondern darauf, daß die Arbeitervertreter der vom Kriegswahnsinn befallenen Länder erst einmal zusammenkommen. Dann wird man sich auch über diese Fragen einig werden müssen.

## Zukunftsaufgaben der Partei.

Ueber dieses hochaktuelle Thema lesen wir in der „Fränkischen Tagespost“:

In allen Versammlungen, die zum Würzburger Parteitag Stellung genommen haben, kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die Lage des Zusammenlebens der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie nicht ausgefüllt werden durch Streit und durch Aufwärmern der alten Differenzen. Ebenso allgemein war der Wunsch, daß der Parteitag positive Arbeit leiste, und daß er die Forderungen an Staat und Gesellschaft in den Vordergrund schiebe.

Wir haben den Wunsch, daß sich um das Referat des Genossen Scheidemann über die Zukunftsaufgaben der Partei, womit natürlich die nächsten Aufgaben gemeint sind und nicht die Aufgaben einer ferneren Zukunft, die Arbeit des Parteitages konzentriere.

Um der Parteigenossen und Genossinnen zu zeigen, daß es weit wichtigere Dinge als der Streit in der Partei gibt, haben wir, ohne irgendwelchen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, für die vier im Augenblicke wichtigsten Gebiete die Aufgabe der Partei in der nächsten Zukunft in kürzester Form zu umschreiben gesucht:

### 1. Demokratisierung.

Teilnahme des Reichstags an der Regierung und Verwaltung des Reiches.

Verantwortliche Reichsministerien.

Kanzler und Minister-Verantwortlichkeitsgesetz.

Feststellung der Funktionen der Bundesratsmitglieder durch die Parlamente oder durch einen durch die Parlamente eingeleiteten parlamentarischen Ausschuss.

Bestimmung der Reichsverfassung, monach durch die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise und durch die Einführung der Verhältniswahl wie des Frauenstimmrechts die Gleichheit des Wahlrechts für das Deutsche Reich festgelegt wird, wobei nach jeder Volkszählung, wie in der Schweiz, eine neue Festsetzung der Abgeordnetenzahl für jeden Einzelstaat stattfinden muß.

Änderung der Reichsverfassung, monach das zu ändernde Reichstagswahlrecht mit Einschluß des Frauenstimmrechts für alle Einzelstaaten Geltung erhält.

Vollständige Verwaltung an Stelle der hundertjährigen.

Ausbildung der Selbstverwaltung in Reich, Staat und Gemeinde.

Für Bayern ist aufs dringendste die Abschaffung der Reichsratskammer, die Reform des Wahlgesetzes unter Zugrundelegung des Prinzips der Verhältniswahl, die vollständige Umgestaltung des Distrikts- und Landratsgesetzes, Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung, Ausdehnung und Sicherung der Selbstverwaltung zu verlangen.

### 2. Wirtschaftspolitik.

Nichtwiedereinführung der Lebensmittelzölle nach Aufhebung des Krieges.

Ueberführung der Handelspolitik in eine Sicherung unserer Ausfuhr.

Ablehnung jedes Handelskrieges.

Förderung der Zollgemeinschaften, ohne daß diese aber die Handelsbeziehungen mit anderen Staaten erschweren dürfen.

Im Falle einer Organisation der Industrie in der Richtung der Zwangsindustrialisierung, privater oder Reichsmonopole Mitbeteiligung der Arbeiter an der Verwaltung und Sicherung der Arbeiterinteressen gegen die während des Krieges wachsende Macht des Unternehmens.

Organisierung der Lebensmittelversorgung und der Teilnahme der Gemeinden an ihr.

Änderung des Genossenschaftswesens in allen seinen Zweigen.

### 3. Finanzpolitik.

Die Kriegskosten des Reiches dürften 100 Milliarden weit übersteigen, was lediglich für die Verzinsung erheblich mehr als 5 Milliarden in jedem Jahre erfordert wird. Dazu werden Ausgaben kommen für die Invaliden, für die Witwen und Waisen der Krieger, für die aller Voraussicht nach 3 Milliarden in jedem Jahr notwendig sein werden. Mit einer reichlichen Verdoppelung ja jetzt mit einer Verdreifung der jährlichen Friedensausgaben wird man zu rechnen haben. Hieraus wird das schwerste und größte Problem der innere Politik nach dem Kriege erwachsen. Die Reichsregierung werden diese Steuerlasten auf die Armen abwälzen wollen. Die Streitfrage, ob direkte oder indirekte Steuern wird zu den größten Konflikten führen.

Die Debattefrage wird dazu führen, daß ganz neue Probleme aufgeworfen werden dürften, so die Frage der Monopole oder der indirekten Besteuerung der Industrie durch eine Monopolisierung oder Sezession der Kapitalisten.

Hier wird es eine der größten Aufgaben der Sozialdemokratie sein, Schädigungen der Industrie, ihrer Ausfahrtsfähigkeit, Schädigungen der Arbeiter durch die Arbeiter hinterzuziehen.

Die Finanzfragen werden wohl wichtiger sein, als nicht nur die hohen Geldbedürfnisse des Reiches große Anforderungen an die Steuerzahler stellen werden, sondern auch die Länder, Kreise und Gemeinden mit höheren Anforderungen an die Steuerzahler konfrontiert werden.

Bei der bekannten Steuerlast der Reichsregierung ist das größte Mysterium am Platze, daß die Kriegskosten der Arbeiter angehäuft werden sollen, die während an diesem Krieg keine Schuld tragen und den größten Opfer gebracht haben, um zu verhindern, daß sie sich nicht abwenden konnten, bezeugt werden, daß es möglich ist, daß beendet werde.

### 4. Sozialpolitik.

Hier ist hinzuzufügen, daß die Forderungen, die auf der Sozialpolitischer Konferenz gestellt wurden.

Sonderlich ist zu betonen:

Die Forderung der vollen Freiheit des Koalitionsrechts. Die Aufhebung der Beschränkung des Vereins- und Versammlungswesens.

Erweiterung des Arbeitsrechts.

Wegfallender Schutzwahlrecht für Frauen und Kinder mit Recht jeder geschäftsfähigen Beschäftigung von Arbeitern und von Arbeiterinnen.

Verkürzung und Begrenzung der Arbeitszeit für alle Arbeiterkategorien mit besonderer Berücksichtigung der besonders Schutzbedürftigen.

Wegfallender Mutter-, Säuglings- und Kinderschutz.

Verstärkte Leistungen der Arbeiterversicherung.

Unterstützung der Kriegswitwenfürsorge und der Unterstützung der Witwen und Waisen der Kriegsteilnehmer an der Arbeiterversicherung.

Reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage.

Unterstützung des Wohnungsbaus und der Baugenossenschaften.

Unentgeltlichkeit des Unterrichts.

Ausbildung des Fortbildungsschulwesens.

Besondere Förderung geistig und technisch begabter Kinder von Unbemittelten.

Sicherung der Arbeiterrechte in allen monopolisierten und syndikalisierten Betrieben.

Arbeit gibt es in Hülle und Fülle: Arbeit der Aufklärung, Arbeit zur Stärkung der Organisation, um diesen Forderungen Nachdruck zu schaffen. Dazu kommt die Notwendigkeit der einheitlichen Front und der geschlossenen parlamentarischen Wirksamkeit, um dieses Programm zur Grundlage eines kommenden neuen Deutschlands zu machen.

## Wie sich die Gegner freuen.

Am vergangenen Montag sollte — wie wir bereits gemeldet haben — Genosse Scheidemann in Mannheim sprechen. Die Unabhängigen hatten dann beschlossen, in der Versammlung zu „demonstrieren“. Unter Führung von Sepp Dertter drangen etwa 50 Mann in den Saal und ist es direkt zu wüsten Szenen gekommen. Vielleicht gibt das beste Bild dieser unabhängigen Heldentaten der Bericht eines politischen Gegners, der in der „Kölnischen Zeitung“ über den Verlauf der Versammlung schreibt:

„Die vielen Neugierigen, die das Interesse an dem im Laufe des Krieges vielgenannten Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angelockt hatte, stellten einen ansehnlichen Teil der Besucher. Sie brauchten ihr Erscheinen wahrlich nicht zu bereuen, denn die Szenen, die begannen, als der Leiter der Versammlung, Genosse Lehmann, mitteilte, daß das Bezirksamt die Abhaltung der Versammlung nur unter der Bedingung gestattet habe, daß keine Aussprache stattfinden (Herr Lehmann verschwieg allerdings, daß die Verfügung des Bezirksamts mit Rücksicht darauf erlassen worden war, daß auswärtige Mitglieder der Unabhängigen Partei beabsichtigten, in der Versammlung Gegenreden zu halten) und die sich über eine halbe Stunde lang fortsetzten, vermittelten nicht nur einen überaus lehrreichen Einblick in die schwereren inneren Wirren der deutschen Sozialdemokratie, sie zeigten auch, ganz abgesehen von der Illustration der sozialdemokratischen „Brüderlichkeit“, was dem deutschen Volke bevorzugen würde, wenn einmal an Stelle der heutigen Regierungsform die von der Sozialdemokratie propagierte Herrschaft des Volkes trat. Ein kleiner Haufen von „Unabhängigen“ — es mögen etwa 50 — 60 Mann gewesen sein — terrorisierte eine halbe Stunde 5000 Menschen. Mit Pfui-rufen, die sich immer wieder erneuerten, begannen ihre Opposition und der Tumult wuchs von Lärm, in dem man sein eigenes Wort nicht mehr verstand, als der Reichstagsabgeordnete Scheidemann mit seinem Vortrag beginnen wollte. Raum hatte er zum Sprechen angefangen, da stürzten die „Unabhängigen“ die Arbeiter-Marktschreier an und sangen trotz aller Kundgebungen der andern Versammlungsbesucher. Die Zurufe, mit denen sie bedacht wurden, lassen sich kaum wiedergeben; „Spieß“, „Lumpen“, „Hulanten“, „Spießhaken“, „Ganner“ — das waren die mißlichen. Unabhängig sprach der Versammlungsleiter Lehmann die Schelle. Ohne Erfolg! Raum hörte man sie in seiner allerhöchsten Nähe. Derlei sind waren die Redaktionen in mancher Hinsicht. Vor allem zeigten sie, welche Früchte die von der Sozialdemokratie betriebene „Erziehung“ der Massen zeitigt, eine Erziehung, die sich nur auf die Schlagworte „Freiheit“ und „Vollrechte“ aufbaut und das Wort „Pflichten“ so wenig in ihrem Wörterbuch stehen hat, wie das Wort „Gehorsam“. Und noch ein Gebante drängte sich jedem Versammlungsbesucher auf: Wenn die Demokratisierung unseres Staatslebens so aussieht, dann gehen wir ja herrlichen Zeiten entgegen. Geplant sind wir auch auf den Würzburger sozialdemokratischen Parteitag. Dort kann's ja nett werden!“

Von zuverlässiger Seite geht uns ein anderer Bericht zu, der das selbe Bild gibt. Der Gewährsmann der „Kölnischen Zeitung“ registriert natürlich diese Szenen mit einer gewissen Befriedigung. Die Hoffnung spricht daraus, daß die Sozialdemokratie durch solche Erregungen die Anziehungskraft und Werbefähigkeit verlieren möge. Das sind die Hoffnungen der Gegner. An den Arbeitern liegt es, ob sich diese Erwartungen erfüllen werden.

## Aus der Partei.

Dr. August Müller, der neue Unterstaatssekretär im Reichs-nährungsamt, ist, wie der „Vorwärts“ anderslautenden Meldungen gegenüber feststellt, eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und bezahlt keine Parteibeiträge.

Reichstagsabgeordneter Dr. Erdmann ist, wie die „Rhein-Zeitung“ mitteilt, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschieden und schiebt sich den Unabhängigen an. Dr. Erdmann ist schon seit geraumer Zeit seine eigenen Wege gegangen und gehörte zur Hinderzeit innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er stand stets auf dem rechten Flügel der Partei, und es ist schwer abzusehen, wie er glaubt, mit den Vertretern einer rein agrarischen Politik, wie es die Unabhängigen sind, gemeinsam Politik betreiben zu können. In den Kriegsjahren neigte Erdmann zu einer passivistischen Auffassung der Dinge, bei der die Lebensgefahr, in der sich das eigene Volk befindet, nicht richtig bewertet und berücksichtigt wird. Der Wahlkreis Erdmanns, Dortmund-Süd, hat sich stets mit großer Ueberzahl auf die Seite der Parteimehrheit gestellt. Erdmann setzt sich also durch sein jetziges Vorgehen in Gegensatz zu seinem Wahlkreis.

Ströbel und Bernstein gegen die Friedensoffensive der Unabhängigen. Auf die Umfrage des Niederländischen Anti-Oorlograd über den Wert der Friedensresolution des deutschen Reichstages hat der Sekretär der Friedensgesellschaft und Schiedsgerichtsliga Englands, Herbert Dunning, geantwortet: Die Lage ist für uns Friedensfreunde durch die Reichstagsverhandlungen eine viel leichtere geworden. Das gleiche Urteil hat „Diele Naroda“ abgegeben. Die Sozialdemokratie kann mit dieser Aufnahme des Friedensbeschlusses zufrieden sein. Aber am interessantesten ist uns, daß die Zentralische Volkspartei, Berlin, ein Schreiben an den Anti-Oorlograd gerichtet hat, indem sie, ihrer großen Erregung über den Reichstagsbeschluss Ausdruck gibt, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Annäherung zur Kriegspartei eine sehr wesentliche Annäherung an die Auffassung vollzogen hat, die von der Zentralstelle bei verschiedenen Gelegenheiten, auch in Eingaben an den Reichstag, vertreten worden ist. Der Zentralische Volkspartei Berlin gehörte u. a. die Herrin Ströbel und Ed. Bernstein an; dieser letztere unabhängige Reichstagsabgeordnete sogar dem Vorstande. Als unabhängiger Sozialdemokrat ist auch Ed. Bernstein im Reichstag gegen die Friedensresolution und im Namen der Zentralstelle: Volkspartei Berlin bringt er seine Genehmigung über diesen gewaltigen Schritt zum Ausdruck.

## Aus dem Gerichtssaal.

Erschütterliche Strafe. Der Berliner „Volkszeitung“ meldet aus Potsdam: Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann von Potsdam aus Hagen (Meißeln), der unter Verletzung des Aus-

föhrerhubs für über 24 000 Mark Spiritalien ins Ausland verschifft hatte, zu einer Geldstrafe von 72 501 Mark. Der Kaufmann verlor aus Reddinghausen, der ihm Beistand geleistet hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 18 147 Mark verurteilt. In Stelle der Geldstrafe tritt im Unvermögensfalle je 1/2 Jahr Gefängnis.

Eine jugendliche Mörderin. Vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts München fand Sonnabend die Verhandlung gegen die 17jährige Werkmeisterstochter Johanna Fehner von Mönchen wegen Ermordung der 83jährigen Privatierswitwe Viktoria Schweikart statt. Die durch schlechte Romane verdröhene Angeklagte, die mit der Ermordung in einem Hause wohnte, hatte mit größter Abgefemtheit am Sonntag dem 11. März, nachmittags, das Dienstmädchen der Frau Schweikart aus dem Hause zu locken und nach der Tat, zu der sie sich von Gymnasialschulern einen Revolver verschafft hatte, den Verdacht auf einen Unschuldigen zu lenken gewußt. Als die Verdachtsgründe gegen sie dringlich wurden, legte sie ein volles Geständnis ab. Ihre Tat begründete sie damit, daß sie eine „Affäre“ haben wollte. Später erlitt sie einen Roman von der Mitbeteiligung eines gewissen Kurt von Thiene. Der Staatsanwalt beantragte das Höchstmaß von 15 Jahren Gefängnis. Das Urteil lautete auf zehn Jahre Gefängnis.

Unterhalb Jahre Zuchthaus für eine Milchputzlerin. Die Bäuerin Marie Glaser aus Grumbach bei Wittweida in Sachsen hatte gewässerte Milch verkauft und war dafür mit zwei Wochen Gefängnis und 300 Mk. bestraft worden. Vor der Gerichtsverhandlung hat sie jedoch versucht, ihre Mägel zu einer falschen Aussage zu verleiten. Sie wurde deshalb jetzt von dem Landgericht in Chemnitz zu der obengenannten Strafe verurteilt.

## Aus Nah und Fern.

Bibelsprüche statt Rechtspruch. Eine im Allgemeinen Schulblatt für den Regierungsbezirk Wiesbaden veröffentlichte Zeitschrift aus dem Felde zeigt wieder einmal, und zwar mitten aus der frischen Wirklichkeit heraus, die unetwaßlichen Zustände, unter denen die Lehrer an Landtschulen vielfach zu leiden haben. Als im Herbst 1914 Kriegsgefangene in ein nassauisches Dorf kamen, wies ihnen der Ortsbürgermeister, ohne vorher mit dem Ortschulinspektor oder dem Lehrer Rücksprache zu nehmen, den zur Zeit leertehenden zweiten Schulsaal als Wohnung an. Die Lehrerfamilie, die in demselben Hause wohnte, geriet dadurch in die unangenehmste Bedrängnis; gelegentliche Anträge auf Befreiung mancher Mißstände hatten keinen Erfolg. In selbstherrlicher Weise verfügte der Bürgermeister sogar über die obere dies nur kleine Dienstwohnung, indem er die Frau des im Felde stehenden Lehrers durch den wachhabenden Gefreiten von dem Gefangenensammando aufforderte, die Manstube zu räumen, da dort die neu eingetroffenen Gefangenen untergebracht werden müßten. Vielleicht käme nach ein weiteres Zimmer in Frage. Der Lehrer wandte sich in Wahrung seines Rechts sofort an den geistlichen Schulaufsicht, der zugleich Vorsitzender des Schulvorstandes ist, und bat ihn um Auskunft, ob die Anordnung des Bürgermeisters im Einverständnis des Schulvorstandes erfolgt sei. Der geistliche Schulaufsicht aber, dessen Pflicht es gewesen wäre, das Recht des Lehrers auf seine Wohnung dem Bürgermeister gegenüber zur Anerkennung zu bringen, gab eine ausweichende, beschwichtigende Antwort und nahm nicht Anstand, den Brief wie folgt zu schließen: „Es ist ein für alle Fälle wichtiges Wort, das die heilige Schrift uns sagt: Laß Dich nicht das Böse überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem, sei es nun, daß wir uns wirklich von andern Bösen widerfährt oder daß wir durch unbegründeten Verdacht zum Argen verführt werden. O, daß uns das heilige Vorbild Jesu stets vor der Seele stände und wir uns sein Wort zur Wehrung, zur Züchtigung und zur Aufrichtung dienen ließen!“ Das klingt gewiß sehr schön und ist wohl auch gut gemeint, aber es zeigt auch, daß sich der geistliche Herr über die Pflichten und Aufgaben eines Schulaufsichtsbearbeiters nicht im geringsten klar ist. Und wie oft hat die geistliche Schulaufsicht in ähnlichen Fällen völlig verfaßt und wichtige Angelegenheiten der Schule und der Lehrerschaft preisgegeben, nur um nicht in der Gemeinde Anstoß zu erregen. Im neuen Preußen wird für die geistliche Schulaufsicht vollends kein Platz mehr sein, und es wird der Anfang der Neuordnung unseres Schulwesens sein müssen, hierin gründlich Wandel zu schaffen.

Ein prinzipieller Wiederjan. Wie amtlich bekannt gegeben wird, ist der am 27. August 1895 geborene Prinz Friedrich Leopold von Preußen durch Beschluß vom 21. Juli dieses Jahres wegen Verschwendung etc. in die Haft genommen. Es ist der jüngste Sohn des Prinzen Friedrich Leopold und ein Bruder des in englischer Gefangenschaft verstorbenen Prinzen Friedrich Karl.

Was in der heutigen Zeit noch alles möglich ist. In Frankreich fand dieser Tage eine Bauernhochzeit statt. Etwa 80 Personen stellten sich zu dem frohen Feste des neuvermählten Paares ein. Mancher Großstadtwirt würde ein verlegenes Gesicht machen angesichts einer solch stattlichen Anzahl von Gästen im Hinblick auf Fleisch, Brot und ähnlliche Sachen. Anders ist es in dieser Beziehung auf dem Lande. Die Gastgeber unseres neuvermählten Paares suchten den alten Ruhm der Bauernhochzeiten selbst in diesen Kriegsjahren zu wahren. Ein gar nicht zu kleines Schwein, ein Kalb mußten daran glauben — kurz und gut, es dukete und man schmunkelte im festgebenden Hause nach fastigen Braten, und Kuchen wurden gerichtet aus reinstem Weizenmehl. Auf Umwegen bekam jedoch die Polizei Kenntnis von dem festlichen Schmaus und wird die Festgeber noch mit einem Strafzettel beglücken.

Feudal! Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Senz zu Herrnsheim in Worms hat mit dem Aufkauf der Ortshaus Gersleben und deren Landbesitz, einer Neuerwerbung von 200 Hektar Land und Wiesen, ein neues Familienideum begründet. Die Bewohner der Ortshaus müssen abwandern. Der feudale Leberfabrikant errichtet dort eine Hoflandjagd nach englischerem Muster und sperrt damit einen Teil des Alpengebirges. Dieser Leberfabrikant wegen haben Bauern ihren Grund und Boden zu verlassen. Dieses Bild paßt in die Feudalzeit, nicht aber in die heutige Zeit der bittersten Not.

Der Eierfad des Hamsters. Eine Figur, die die größte Heiterkeit des Publikums hervorrief, kam mit der Bahn von Vostan in Nürnberg an. Ein Tourist, auf dem Rücken den vollen Rucksack, aus dem aber unauffällig ein kleines, gelbes, geflügeltes Tier etwas kletterte und die ganze Rückseite des Auges überzog. Erst als ein Herr den Mann auf seinen ledigen Rucksack aufmerksam machte, erfaßte dieser die Situation. Es war ein Eierhamster, der wohl an drei Schöpf Eier im Rucksack hatte. Beim Gehen in Nebenschritt hatte die Bremse kurz angezogen, der Eiermann slog mit dem Rucksack an die Abteilwand. Daß seine gehammerten Eier dabei flöten gingen, kam ihm erst zum Bewußtsein, als er als lebender Eierkasten vom Bahnhof spazierte und sich dann unter dem Gelächter der Passanten schleunigst drückte.

Ein Küchengefäß. Ein Feldbauer hat folgenden Küchengefäß aufgestellt: Man nimmt die Butterarte, kratet mit ihr die Fleischtorte und schlägt die Eierdarf dazu. Kartoffel- und Gemüsekarte werden abgetost und dazu gereicht. Zum Nachschöpfen trägt man die Kartoffelkarte heiß auf, füllt die Milchkarte frisch mit Zuckerarte und bädt die Brot- und Semmelkarte hinten. Nachher wäscht man sich mit der Seifenarte die Hände und trocknet diese mit dem Bezugsschiff ab.

Begnadigt wurde der frühere sächsische Justizminister Albert, der 1910 wegen Millionenbetruges zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt war.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gumbach in Sachsen.